

Holzarbeiter

Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitervermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgespaltene Millimeterzeile. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Kölnischen Park 2. Fernruf P7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 50 Berlin, den 12. Dezember 1931 39. Jahrgang

Worte und Taten der Reichsregierung

In der Notverordnung vom 5. Juni 1931 handelt der Artikel 1 im Kapitel II des dritten Teils von der Einschränkung der Arbeitszeit. Dort ist der Reichsregierung die Ermächtigung erteilt, durch Verordnung die regelmäßige Arbeitszeit bis auf 40 Stunden wöchentlich herabzusetzen und die Zulässigkeit von Mehrarbeit von der Genehmigung durch die Gewerbeaufsicht abhängig zu machen. Um den Weg für die Anwendung der Verordnung freizulegen, hat die Reichsregierung auch „Durchführungsbestimmungen zur Einschränkung der Arbeitszeit“ erlassen. Sie sind vom 30. September 1931 datiert und im Reichsgesetzblatt veröffentlicht. Die Reichsregierung hat also anscheinend alles getan, um im Sinne der Gewerkschaftsforderung durch Verkürzung der Arbeitszeit für eine gerechtere Verteilung der Arbeitsgelegenheit Sorge zu tragen. Nur eine Kleinigkeit hat sie unterlassen: Sie hat von der sorgfältig ausgearbeiteten Notverordnung und den Durchführungsbestimmungen keinen Gebrauch gemacht.

Man darf sich darüber nicht weiter wundern, denn es handelt sich ja um Wünsche im Interesse der Arbeiter. Als in der Inflationszeit die Unternehmer nach einer Verlängerung der Arbeitszeit riefen, da ist die Regierung diesen Wünschen durch die Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 weit entgegengekommen. Aus Paritätsgründen wird nun auch den Arbeitern Entgegenkommen gezeigt. Die Regierung hat durch ihre Verordnungen bewiesen, daß sie von gutem Willen beseelt ist. Daß sie es dabei bewenden läßt und nicht daran denkt, ihren Worten auch die Tat folgen zu lassen, ist in den Zeitläuften begründet. Anspruch auf Hilfe wird nur den Unternehmern zuerkannt, für die Arbeiter genügen Schaugerichte.

Das ist vielleicht etwas zuviel gesagt; man läßt es doch nicht bei unausgeführten Verordnungen bewenden, über die Verordnungen wird sogar geredet. Und damit läßt sich trefflich Zeit gewinnen. Man tut so, als ob man etwas täte. In der Notverordnung vom 5. Juni 1931 heißt es, daß die Verkürzung der Arbeitszeit bis auf 40 Stunden wöchentlich „für einzelne Gewerbe, Gewerbebezirke, Verwaltungen oder Gruppen von Arbeitnehmern“ verordnet werden kann. Welch schöne Gelegenheit, Beratungen zu pflegen! Und die Reichsregierung macht von diesem Zeitvertreib der Kommissionsberatungen ausgiebig Gebrauch.

Mit den Vertretern der Unternehmer und der Arbeiterorganisationen aus verschiedenen Gewerben hat das Reichsarbeitsministerium Verhandlungen gepflogen. Herausgekommen ist dabei nichts. Die Gewerkschaftsvertreter haben die Notwendigkeit für den Erlass einer Verordnung nachgewiesen; eine Notwendigkeit, die durch die Notverordnung des Reichspräsidenten ja bereits grundsätzlich anerkannt ist. Die Unternehmer waren der Meinung, daß sie auf die Möglichkeit, acht Stunden und länger arbeiten zu lassen, nicht verzichten könnten, und daß eine Verkürzung der Arbeitszeit durch behördliche Anordnung nicht nötig sei. Also blieb es bei dem seitherigen Zustand.

Auch für die Holzindustrie ist verhandelt worden. Auf den 27. November waren Vertreter unseres Verbandes und der anderen Gewerkschaften des Holzgewerbes in das Reichsarbeitsministerium geladen. In der Einladung war gebeten worden, „Unterlagen, die für die Beurteilung der Möglichkeit einer Arbeitszeitverkürzung, und zwar zunächst in den Bezirken Rheinland, Westfalen, Lippe, Baden und Württemberg, notwendig und verfügbar sind, mitzubringen“. Weshalb gerade diese Bezirke ausgewählt und nicht das Holzgewerbe im ganzen Reich in Betracht gezogen wurde, ist auch in der Sitzung nicht recht klar geworden. Die Erklärung des Regierungsvertreters, daß gerade aus diesen Bezirken Beschwerden eingegangen seien, klingt nicht sehr überzeugend. Jedenfalls waren Vertreter der ziemlich zahlreichen Unternehmerorganisationen aus diesen Bezirken und außerdem auch des besonders geladenen Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes, der übrigens in den fraglichen Bezirken nur sehr wenige Mitglieder hat, der Einladung gefolgt.

Der Vertreter des Reichsarbeitsministers, der die Verhandlungen leitete, bemerkte gleich einleitend, daß die Regierung jetzt nicht an Erlass einer Verordnung über die Verkürzung der Arbeitszeit denke. Damit war den Unternehmern ein Stein vom Herzen gefallen. Natürlich wollen sie auch nichts davon wissen, daß Überstunden von der Genehmigung durch die Gewerbeinspektion abhängig gemacht werden.

Material über den Umfang der Arbeitslosigkeit zu beschaffen, ist zur Zeit nicht schwer. Es wurde aber auch solches über Mehrarbeit vorgelegt. Häufig müssen die Arbeiter, um der drohenden Entlassung zu entgehen,

nicht nur Überstunden leisten, sondern auch noch auf die Zuschläge verzichten. In manchen Fällen genehmigen die Gewerbeaufsichtsbeamten jeden Antrag auf Überstunden. Wo sie es mit ihren Pflichten strenger nehmen, müssen sie öfters auf Revisionen verzichten, weil die Knappheit der Mittel sie zwingt, ihre Dienstreisen auf das äußerste einzuschränken. Die Nachsicht der Gerichte, die Verstöße gegen die Arbeitszeitvorschriften mit lächerlich geringen Strafen belegen oder die schuldigen Unternehmer überhaupt freisprechen, sind nicht geeignet, den Eifer der Gewerbeinspektoren anzuspornen.

Gegen die vorgetragenen Tatsachen konnten die Unternehmervereiner nichts einwenden. Sie bemühten sich um den Nachweis, daß in einzelnen Fällen der Betrieb voll besetzt war, als Überstunden angeordnet wurden. Daß gleichzeitig andere Betriebe verkürzt arbeiten oder ganz stillgelegt sind, finden sie ganz in der Ordnung. Selbstverständlich fließen die Unternehmer über von Wohlwollen gegen die Arbeiter. Sie geben sich die größte Mühe, die Überstunden zu bekämpfen. Die Gewerkschaften sollten sich mit ihren Beschwerden wegen Überstunden nur vertrauensvoll an die Arbeitgeberverbände wenden.

Zwar sind die Unternehmervereiner im Holzgewerbe eifrig darauf aus, die tariflichen Bindungen zu lösen, ein Streben, das im Reichsarbeitsministerium verständnisvolle Förderung findet. Wo über Tarifverträge verhan-

delt wird, bestehen die Unternehmer neben anderen unmöglichen Forderungen auch auf das ihnen einzuräumende Recht, reichlich Überstunden ansetzen zu können. Das hindert sie aber nicht, zu versichern, daß sie den Überstunden energisch entgegenwirken wollen.

Das sind Worte, die man im Reichsarbeitsministerium gern hört und glaubt. Aus dem Mißtrauen, das die Arbeitervertreter in den guten Willen des Reichsarbeitsministeriums setzen, machten sie kein Hehl. Wie sehr dieses Mißtrauen begründet ist, zeigte der Abschluß der Tagung. Der Vertreter des Ministers stellte als erfreuliche Tatsache fest, daß die Unternehmerorganisationen sich bereit erklärt hätten, Einzelbeschwerden wegen unberechtigter Überstunden nachzugehen; dieser Weg sollte weiterverfolgt werden.

Und dazu hat man Notverordnungen und Durchführungsbestimmungen erlassen. Dazu hat man vorher die Gutachterkommission in Bewegung gesetzt und beruft man jetzt Konferenzen, um die längst bekannten Ansichten der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen zu hören. Nicht genug damit, daß dieser ganze Apparat aufgezogen wird, obwohl man doch nichts tun will, fügt man zum Schaden noch den Hohn. Man empfiehlt den Arbeitern, sich mit ihren Beschwerden vertrauensvoll an die Arbeitgeberverbände zu wenden, die alles zum Besten lenken würden.

In einer kürzlich gepflogenen Unterhaltung über die Regierungsaktion zur Verkürzung der Arbeitszeit hat ein angesehenener Kenner der Materie das ganze eine Affenkomödie genannt. Das ist ein hartes Wort, aber wir können seine Berechtigung nicht bestreiten.

Ein Blick ins Dritte Reich

Die Führer der Nationalsozialisten haben es bisher sorgsam vermieden, die Frage positiv zu beantworten, wie sie ihr angestrebtes Drittes Reich einzurichten gedenken. Wenn wir die Macht ergreifen, dann wird man es schon sehen, das war sinngemäß die Antwort auf die gestellten Fragen. Nun ist das Geheimnis enthüllt. Der Entwurf, den die hessischen Führer der Nazis für die erste Bekanntmachung nach der Ergreifung der Macht zu Papier gebracht haben, ist aufschlußreich.

Die Landsknechte der SA. sollen absolute Herren sein und ohne weiteres jeden niederschließen, der nicht widerspruchslos ihren Befehlen Folge leistet. „Jeder Anordnung der SA., gleich, von welchem Dienstgrade erteilt, ist sofort Folge zu leisten. Widerstand wird grundsätzlich mit dem Tode bestraft.“ So heißt es wörtlich in Ziffer 1 des „Befehls“, der bei Ergreifung der Macht durch die Nazis an die gesamte Bevölkerung des Landes erteilt werden soll. Und ähnlich heißt es dann weiter: Wer nach 24 Stunden noch im Besitz einer Schußwaffe

betroffen wird, wird auf der Stelle erschossen; wer die Arbeit verweigert, wird mit dem Tode bestraft; wer sonst gegen die Anordnungen verstößt, wird mit dem Tode bestraft. In diesem lieblichen Stil ist das Dokument gehalten, das den Anbruch des Dritten Reiches verkündet.

Auf der gleichen Höhe blutigen Dilettantismus stehen die Anordnungen auf wirtschaftlichem Gebiet. Alle Lebensmittel sind unentgeltlich abzuliefern; jede Veräußerung kann mit dem Tode bestraft werden. Alles Privateigentum ist aufgehoben. Miet- und Zinszahlung hören auf, alle Schuldverpflichtungen werden gelöscht. Alle über 16 Jahre alten Personen männlichen und weiblichen Geschlechts sind zum Arbeitsdienst verpflichtet. Alle werden aus einer gemeinsamen Küche ernährt. Von der Arbeitsdienstpflicht sind nur die Juden befreit. Sie kriegen auch nichts zu essen und haben das Recht zu verhungern.

Die Freunde der Nazis waren entsetzt, als dieses Dokument bekannt wurde, das von einem Gerichtsassessor Dr. Best

unter Mitwirkung anderer Naziführer verfaßt worden ist. Die reaktionäre Presse schrieb zunächst von Fälschung. Aber die veröffentlichten Dokumente sind echt, ihr Verfasser hat es selbst eingestanden.

Dann hat man die Dokumente des Hochverrats als die Arbeit politischer Dilettanten bezeichnet. Das ist schon richtig. Aber diese Dilettanten sind die Führer der hessischen Nazis, die Teilnehmer an dem Komplott, dessen Ergebnis die ebenso blutrünstige wie kindische Proklamation ist, sind soeben in Hessen zu Landtagsabgeordneten gewählt worden. Das haben die hessischen Kleinbürger und Bauern, die ihre Stimmen für die Nazis abgaben, wohl kaum erwartet, daß ihre Erwählten ihnen Hab und Gut nehmen und sie zum Freiwild für die vertierten und hakenkreuzlerischen Landsknechte machen würden.

Den sadistischen Hochverrättern und ihren freiwilligen Verteidigern erstand ein Helfer, wo sie ihn kaum erwartet haben dürften. Der Oberreichsanwalt Dr. Werner, der amtlich berufen ist, gegen jeden einzuschreiben, der auch nur den entferntesten Versuch macht, den Bestand der Republik und der Verfassung zu gefährden, gab den hessischen Hochverrättern den Tip für eine Ausrede. Derselbe Oberreichsanwalt, der, wenn es gegen links geht, Anklagen erheben und Verurteilungen erzielt hat in Fällen, wo der gesunde Menschenverstand beim besten Willen keine Gefährdung der Staatssicherheit zu erblicken vermag, gab in einer für die Presse bestimmten Unterredung seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß ihm in diesem Fall das Vorliegen von Hochverrat zweifelhaft erscheine. Das Dokument richte sich ja nicht gegen die jetzt geltende Verfassung und die im Amt befindliche Regierung, in der Einleitung sei doch gesagt, daß es „nach dem Wegfall der seitherigen obersten Staatsbehörden und nach Überwindung der Kommune“ in Kraft treten soll.

Diese Deduktion des Oberreichsanwalts widerspricht auf das schärfste der Auffassung, die bisher vom Reichsgericht vertreten wurde. Daß der oberste Hüter des Rechts und der Verfassung es für angebracht hielt, sich in dieser Weise öffentlich zu äußern, muß jeden Republikaner mit ernster Sorge erfüllen. Die Zweifel, ob die Justizbehörden wirklich mit der gebotenen Schärfe gegen den von der Nationalsozialistischen Partei geplanten Hochverrat einschreiten werden, sind nicht von der Hand zu weisen.

Obwohl die Echtheit der hochverräterischen Dokumente feststeht und von ihrem Verfasser eingestanden wurde, sucht man sich im Hauptquartier der Nazis mit Frechheit herauszulügen. Der „Völkische Beobachter“ spricht von „Spitzelarbeit“. Hier und ebenso in anderen Rechtsblättern richtet sich die ganze Entrüstung gegen den Dr. Schäfer, der durch die Übergabe der Dokumente an den Polizeipräsidenten in Frankfurt am Main das Geheimnis enthüllt hat. Diesem Dr. Schäfer werden von den Nazis alle möglichen moralischen Makel angehängt. Es kann sein, daß die gegen ihn erhobenen Vorwürfe berechtigt sind. Aber dann richten sich diese Anklagen gegen die Nationalsozialistische Partei, die in Kenntnis der moralischen Unsauberkeit, die ihm jetzt vorgeworfen wird, dem Dr. Schäfer die höchsten Ehrenämter der Partei übertragen hat. Er ist Landtagsabgeordneter der Nazis, war bisher Wirtschaftsreferent der Partei und gehörte zu dem vertrauten Kreis der Verschwörer, die auf dem Boxheimer Hof bei Lampertheim die hochverräterische Kundgebung ausgeheckt haben.

Für die Beurteilung der Vorgänge kommt es auf die Quelle, aus der die Behörden ihre Kenntnis erlangt haben, nicht an, viel wichtiger ist die Frage, wer hinter den hessischen Verschwörern steht. Nicht umsonst haben Hitler und die Seinen versichert, daß sie von dem Hochverrat der hessischen Nazis überrascht wären. Man weiß zur Genüge, was Loyalitätserklärungen Hitlers wert sind. Aus den blutrünstigen Dokumenten des Gerichtsassessors Best spricht der Geist der obersten Führer der Nazis. Es ist die gleiche Gesinnung, die dem Hitler veranlaßt, von Rolle des Königs als dem Ziel seiner Sehnsucht zu phantazieren, was die Gedanken des Heilmanners Frick erfüllt, wenn er von

dem Blutbad träumt, mit dem er den Beginn des Dritten Reiches feiern will.

Starke Gründe sprechen dafür, daß die oberste Leitung der Nazis das gleiche für ganz Deutschland plant, was jetzt für Hessen enthüllt ist. Sadistische Verbrecher sind es, von denen die Nationalsozialistische Partei geleitet wird. Die Dokumente vom Boxheimer Hof lassen uns einen Blick werfen in das Dritte Reich, wie es von den Nazis geplant ist, aber niemals Wirklichkeit werden wird. Die Arbeiterorganisationen, die Gewerkschaften, insbesondere die überparteiliche Schutzorganisation der Republik, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, bilden einen Wall, der für die Nazis nicht übersteigbar ist. Sorgen wir, daß durch unausgesetzten Ausbau dieser Organisationen den Hitler, Frick, Best und Konsorten jede Möglichkeit genommen wird, ihre bestialischen Phantasien vom Dritten Reich zu verwirklichen.

Kleinsiedlungen und Gärten für Erwerbslose

In der Notverordnung vom 6. Oktober 1931 wird auch die vorstädtische Kleinsiedlung als ein Weg bezeichnet, auf dem der großstädtische Arbeitsmarkt entvölkert werden kann und den Arbeiterfamilien die Möglichkeit gegeben ist, sich einen wesentlichen Teil ihres Lebensunterhalts aus ihrer eigenen Scholle zu beschaffen. Zur Durchführung dieser Pläne ist ein Reichskommissar für die vorstädtische Kleinsiedlung eingesetzt worden, der kürzlich seine Richtlinien für Kleinsiedlungen und Kleingärten herausgegeben hat.

Diese Richtlinien bestimmen in bezug auf die vorstädtische Kleinsiedlung, daß Darlehen in der Regel unter folgenden Voraussetzungen gegeben werden: Die Siedlerstellen müssen so groß sein, daß die Beschaffung des Lebensunterhalts für die Familien der Erwerbslosen durch den Ertrag der Grundstücke wesentlich erleichtert wird, so daß in absehbarer Zeit die öffentlichen Fürsorgelasten für die Erwerbslosen und ihre Angehörigen gesenkt werden können. In der Regel sollen die einzelnen Siedlerstellen nicht unter 600 und nicht über 5000 Quadratmeter groß sein. Als Siedler kommen nur Erwerbslose oder Kurzarbeiter in Frage, die sich freiwillig melden und während einer von den Trägern der Siedlung zu bestimmenden Mindestzahl von Arbeitstagen an der Aufschließung des Geländes oder an der Errichtung der Baulichkeiten mitgearbeitet haben. Sie oder ihre Familienangehörigen müssen für die Bewirtschaftung der Stelle geeignet sein. Besonders bevorzugt sollen langfristig Erwerbslose und kinderreiche Familien werden. Die Wohn- und Stallbauten für die Kleinsiedlerstellen müssen in einfachster Form und Ausstattung ausgeführt werden. Es dürfen nur inländische Baustoffe Verwendung finden; im übrigen ist die Wahl der Baustoffe freigestellt. Bauweisen, bei denen ein möglichst großer Teil der Bauarbeiten in Selbsthilfe hergestellt werden kann, insbesondere Holzbauten, sind zu bevorzugen. Die Gewinnung, Bearbeitung und Herstellung der Baustoffe sowie der Aufschließungs- und sonstigen Nebearbeiten zum Aufbau der Stellen sollen möglichst im Wege der Selbst- und Nachbarnhilfe oder, soweit die Voraussetzungen dafür gegeben sind, des freiwilligen Arbeitsdienstes erfolgen.

Die Kosten für den Aufbau und die Einrichtung einer Stelle dürfen ausschließlich Grunderwerb 3000 Mk. nicht übersteigen. Ein Teil dieser Kosten soll durch die eigene Arbeit der anzusiedelnden Erwerbslosen aufgebracht werden. Die Träger des Verfahrens sollen, soweit irgend möglich, einen weiteren Anteil entweder aus eigenen Mitteln, Mitteln der Siedler oder durch Aufnahme eines Darlehns beschaffen. Zur Deckung des Restbetrages gewährt ihnen das Reich ein Darlehen im Höchstbetrage von 2500 Mk. je Stelle. Diese Darlehen sind auf Verlangen des Reiches für dieses oder für eine von ihm bestimmte Stelle dinglich sicherzustellen und mit 4 Prozent zu verzinsen und 1 Prozent zu tilgen. Für die ersten drei Jahre wird der Zinssatz allgemein auf 3 Prozent ermäßigt. Wenn ausschließlich des Wertes der Arbeit des Siedlers min-

destens 30 Prozent der Gesamtkosten der einzelnen Stelle von ihm oder dem Träger aufgebracht werden, kann der Zinssatz für die ganze Laufzeit des Darlehns bis auf 2 Prozent ermäßigt werden. Die Verzinsung des Reichsdarlehns beginnt mit dem Anfang des der ersten Ernte folgenden Kalenderjahres, jedoch nicht vor Fertigstellung des Gebäudes, die Tilgung nach Ablauf der ersten drei Jahre.

Die Auswahl geeigneter Erwerbsloser und Kurzarbeiter für die Kleinsiedlung ist Sache der Gemeinden in Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern und den öffentlichen Fürsorgestellen.

Für die Aufschließung von Kleingärten und zur Beschaffung der notwendigsten ersten Einrichtung gewährt das Reich den Gemeinden unverzinsliche Tilgungsdarlehen bis zum Höchstbetrage von 100 Mk. je Kleingarten. Die Kleingärten sollen in der Regel nicht unter 400 Quadratmeter groß sein. Auch für diese Kleingärten kommen nur Erwerbslose oder Kurzarbeiter in Frage, die sich freiwillig melden. Bevorzugt werden auch hier langfristig Erwerbslose und kinderreiche Familien.

Der Reichskommissar für die vorstädtische Kleinsiedlung, Dr. Saaßen, bemerkt in seinem

Erlaß an die Länderregierungen, daß die Schaffung von Kleinsiedlungen in Groß-Berlin, den übrigen Großstädten und in Industriegebieten mit starker Arbeitslosigkeit besonders vordringlich sei.

Der Gedanke, der mit diesen Kleinsiedlungen und Kleingärten verfolgt wird, ist zweifellos gut. Auch gegen die Richtlinien für die Durchführung dieser Pläne läßt sich nichts sagen. Aber darüber muß man sich klar sein: eine Lösung des Arbeitslosenproblems bedeuten diese Siedlungen nicht. Das sollen sie auch nicht sein. Sie sind als eine kleine Hilfe für einen kleinen Teil der Arbeitslosen gedacht, und das können sie auch sein, wenn sie im Geiste der erwähnten Richtlinien durchgeführt werden.

Die Durchführung dieser Kleinsiedlungen und Kleingärten liegt meistens in Händen der Gemeinden. Daneben machen sich noch zahlreiche private Siedlungsgesellschaften unter gut klingenden Namen auf. Eine nennt sich „Gemeinnütziger deutscher Siedlungsbund“, eine andere „Reichskuratorium für Erwerbslosensiedlung“ und eine dritte „Siedlungsring Rheinland-Westfalen“. Gegenüber diesen Gesellschaften ist größte Vorsicht am Platze. Es handelt sich hier meistens um geschäftstüchtige Leute, die verdienen wollen. Also: Vorsicht!

Wie hoch ist die Arbeitslosenunterstützung?

Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung richtet sich nach der Dauer der versicherungspflichtigen Beschäftigung und nach der Höhe des Verdienstes im Durchschnitt der letzten 26 Wochen oder der drei Monate vor der Arbeitslosmeldung.

Für Arbeitslose der Lohnklassen VII bis XI richtet sich die Höhe der Unterstützung weiter nach der Dauer der Anwartschaft. Im allgemeinen gilt die Anwartschaft als erfüllt, wenn der Arbeitslose, sofern er sich nach dem 1. Oktober 1927 zum ersten Male arbeitslos meldet, nachweist, daß er unmittelbar vor der Arbeitslosmeldung in den letzten zwei Jahren mindestens 52 Wochen und bei späteren Unterstützungsfällen im letzten Jahre vor der Arbeitslosmeldung mindestens 26 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden und Beiträge gezahlt hat. Die Arbeitslosen der Lohnklassen I bis VI erhalten sowohl bei Erfüllung der 52wöchigen als auch der 26wöchigen Anwartschaftszeit die vollen Unterstützungssätze. Die Arbeitslosen der Lohnklassen VII bis XI dagegen erhalten die vollen Unterstützungssätze nur beim Vorliegen einer 52wöchigen Anwartschaftszeit. In ande-

ren Fälle erhalten sie die gekürzten Unterstützungssätze, die in der nachfolgenden Zusammenstellung der täglichen und wöchentlichen Unterstützungssätze als Teil-Unterstützung bezeichnet und in Schrägschrift gedruckt sind.

Die Höhe der Krisenunterstützung richtet sich gleichfalls nach den Sätzen der Arbeitslosenunterstützung. Jedoch erhalten die Krisenunterstützungsempfänger mit mindestens einem zuschlagsberechtigten Angehörigen der Lohnklasse VI die Sätze der Lohnklasse V, die der Lohnklassen VII und VIII die der Lohnklasse VI und die der Lohnklassen IX bis XI die der Lohnklasse VII.

Zur Lohnklasse I gehören durchschnittliche Wochenverdienste bis 10 Mk., zur Lohnklasse II über 10 bis 14 Mk., zur Lohnklasse III über 14 bis 18 Mk., zur Lohnklasse IV über 18 bis 24 Mk., zur Lohnklasse V über 24 bis 30 Mk., zur Lohnklasse VI über 30 bis 36 Mk., zur Lohnklasse VII über 36 bis 42 Mk., zur Lohnklasse VIII über 42 bis 48 Mk., zur Lohnklasse IX über 48 bis 54 Mk., zur Lohnklasse X über 54 bis 60 Mk., zur Lohnklasse XI durchschnittliche Wochenverdienste über 60 Mk.

Tägliche und wöchentliche Unterstützungssätze.

Lohnklassen	Einheitslohn Mk.	Hauptunterstützungsempfänger allein	Die Unterstützung beträgt für					
			Hauptunterstützungsempfänger mit					
			1	2	3	4	5	6 u. mehr
Mark pro Tag								
I	8	0,94	1,—	1,07	1,07	1,07	1,07	1,07
II	12	1,20	1,30	1,40	1,50	1,60	1,60	1,60
III	16	1,34	1,47	1,60	1,74	1,87	2,—	2,—
IV	21	1,47	1,65	1,82	2,—	2,17	2,35	2,52
V	27	1,58	1,80	2,03	2,25	2,48	2,70	2,93
VI	33	1,93	2,20	2,48	2,75	3,03	3,30	3,58
VII	39	2,12	2,44	2,77	3,09	3,42	3,74	4,07
		<i>Teil-Unterst.</i>	<i>2,25</i>	<i>2,58</i>	<i>2,90</i>	<i>3,23</i>	<i>3,55</i>	<i>3,88</i>
VIII	45	2,25	2,63	3,—	3,38	3,75	4,13	4,50
		<i>Teil-Unterst.</i>	<i>2,12</i>	<i>2,49</i>	<i>2,87</i>	<i>3,24</i>	<i>3,62</i>	<i>3,99</i>
IX	51	2,55	2,98	3,40	3,83	4,25	4,68	5,10
		<i>Teil-Unterst.</i>	<i>2,25</i>	<i>2,68</i>	<i>3,10</i>	<i>3,53</i>	<i>3,95</i>	<i>4,38</i>
X	57	2,85	3,33	3,80	4,28	4,75	5,23	5,70
		<i>Teil-Unterst.</i>	<i>2,25</i>	<i>2,73</i>	<i>3,20</i>	<i>3,68</i>	<i>4,15</i>	<i>4,63</i>
XI	63	3,15	3,68	4,20	4,73	5,25	5,78	6,30
		<i>Teil-Unterst.</i>	<i>2,55</i>	<i>3,08</i>	<i>3,60</i>	<i>4,13</i>	<i>4,65</i>	<i>5,18</i>
Mark pro Woche								
I	8	5,60	6,—	6,40	6,40	6,40	6,40	6,40
II	12	7,20	7,80	8,40	9,—	9,60	9,60	9,60
III	16	8,—	8,80	9,60	10,40	11,20	12,—	12,—
IV	21	8,82	9,87	10,92	11,97	13,02	14,07	15,12
V	27	9,45	10,80	12,15	13,50	14,85	16,20	17,55
VI	33	11,55	13,20	14,85	16,50	18,15	19,80	21,45
VII	39	12,68	14,63	16,58	18,53	20,48	22,43	24,38
		<i>Teil-Unterst.</i>	<i>11,55</i>	<i>13,50</i>	<i>15,45</i>	<i>17,40</i>	<i>19,35</i>	<i>21,30</i>
VIII	45	13,50	15,75	18,—	20,25	22,50	24,75	27,—
		<i>Teil-Unterst.</i>	<i>12,68</i>	<i>14,93</i>	<i>17,18</i>	<i>19,43</i>	<i>21,68</i>	<i>23,93</i>
IX	51	15,30	17,85	20,40	22,95	25,50	28,05	30,60
		<i>Teil-Unterst.</i>	<i>13,50</i>	<i>16,05</i>	<i>18,60</i>	<i>21,15</i>	<i>23,70</i>	<i>26,25</i>
X	57	17,10	19,95	22,80	25,65	28,50	31,35	34,20
		<i>Teil-Unterst.</i>	<i>13,50</i>	<i>16,35</i>	<i>19,20</i>	<i>22,05</i>	<i>24,90</i>	<i>27,75</i>
XI	63	18,90	22,05	25,20	28,35	31,50	34,65	37,80
		<i>Teil-Unterst.</i>	<i>13,30</i>	<i>18,45</i>	<i>21,60</i>	<i>24,75</i>	<i>27,90</i>	<i>31,05</i>

Beginnender Umschwung?

Wenn wir das wahre Wesen der gegenwärtigen Krise erkennen wollen — und ohne dies ist es unmöglich, die Mittel zu ihrer Überwindung zu finden —, dann müssen wir die Frage lösen, wieso die Krise ausbrechen konnte, trotzdem reichlich Kapital gebildet wurde, nicht nur vor der Krise, sondern bis tief in die Krisenzeit hinein. Bis zu dieser Erkenntnis hat uns der Aufsatz „Krise ohne Sturmvogel“ in Nummer 49 der „Holzarbeiter-Zeitung“ gebracht.

Daß auch diesmal der unmittelbare Anstoß zum Krisenausbruch von der Produktionsseite herkam und nicht vom Konsum, steht außer allem Zweifel. Die erste Tatsache nämlich, worin vor rund zwei Jahren die Krise in Erscheinung trat, war ein allgemeiner Sturz der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt. Die bürgerliche Welt pflegt dies sogar als die „Ursache“ der Krise anzusehen, während es selbstverständlich nur ein Symptom, d. h. ein Kennzeichen des erfolgten Ausbruchs ist. Denn die Preise der Rohstoffe fielen deshalb, weil die Nachfrage nach ihnen aufhörte, und die Nachfrage hörte auf, weil die Produktions-erweiterung stockte, dann in Produktions-einschränkung umschlug. Da wurden immer weniger Rohstoffe gebraucht. Es steht also fest, daß die Kapitalisten im Jahre 1929 die Produktionsvergrößerung stoppten, trotzdem kein Kapitalmangel vorlag.

Hier ist nun wieder eine auffällige Tatsache zu verzeichnen. Wir haben uns überzeugt, daß in den Jahren 1924 bis 1930 reichlich Kapital gebildet worden ist. Tatsächlich ist bis 1929 auch die Produktion fortgesetzt und sehr erheblich gesteigert worden; in Deutschland um annähernd 50 Prozent. Schon dies allein, auch wenn sonst nichts darüber vorläge, würde beweisen, daß in jenen Jahren eine starke Kapitalvermehrung stattgefunden hat. Und in denselben Jahren wurden unsere „Wirtschaftsführer“ nicht müde, über unzureichende Kapitalbildung zu klagen! Nicht etwa erst in den Jahren des Niedergangs taten sie das. Nein, schon während des Aufstiegs, namentlich auch während der brillanten Konjunktur 1927.

Haben sie gelogen? Soll man sich das einfach so erklären, daß sie unersättlich sind und beim größten Profit immer noch nicht genug haben? Das wäre sehr bequem, aber ganz gewiß nicht marxistisch. Wenn, wie es des öfteren geschehen ist, ein Borsig, ein Krupp, ein Silverberg usw. in öffentlicher Rede die Kapitalbildung für unzulänglich bezeichnet, während man ihnen aus den Bilanzen der eigenen Betriebe nachweisen kann, daß hohe Profite gemacht und auch wieder als Kapital angelegt worden sind — und die Bilanzen zeigen bekanntlich stets nur einen Teil der wirklichen Profite —, dann ist schlechterdings nicht anzunehmen, daß sie das nicht gewußt hätten; auch nicht, daß sie sich der Gefahr aussetzten, öffentlich der Lüge überführt zu werden. Sondern sie müssen dann wohl das Gefühl gehabt haben, daß die hohen Profite, so hoch sie auch waren, doch auf die Dauer für die Bedürfnisse der Kapitalvergrößerung und Produktions-erweiterung nicht ausreichen würden. Ein nur instinktives Gefühl. Begründen konnten sie es nie; was sie zur Begründung anführten, war stets leicht zu widerlegen. Aber ein Gefühl, das mit der marxistischen Lehre übereinstimmt.

Es hängt nämlich nicht vom Belieben des Kapitalisten ab, ob er die Produktion vergrößern will. Er muß das tun, sonst geht er zugrunde. Um es aber zu tun, muß der Profit eine gewisse Größe haben, die sich nach der Größe des bereits vorhandenen Kapitals richtet. Ein Kapital von 1000 braucht, um sich zu vergrößern, zehnfach mehr Profit als ein Kapital von 100. Nun leben wir seit Jahrzehnten in der Zeit des Monopolkapitalismus. Dessen Wesen besteht in der Zusammenballung von riesenhaften Kapitalmassen, die immer gigantischer wachsen. Noch vor 10 Jahren staunte man ehrfürchtig vor den großen Banken oder der AEG, die ein paar hundert Millionen Mark vereinigten. Seitdem sind die Vereinigten Stahlwerke gegründet worden mit insgesamt 1300 Millionen Mark Kapital, die IG. Farben mit 1500 Millionen Mark. Und den Zug zu diesen gewaltigen

Kapitalzusammenballungen sehen wir in der ganzen Wirtschaft. Schier unvorstellbare Massen von Profit brauchen solche ungeheuren Kapitale, um sich noch weiter zu vergrößern, die Produktion noch mehr zu erweitern. Wo sollen solche Profitmassen auf die Dauer herkommen? Das war die Sorge, die die in der Praxis stehenden „Wirtschaftsführer“ bedrückte und sie zu der Klage über mangelnde Kapitalbildung veranlaßte, wenngleich sie sich über die wirklichen Zusammenhänge keineswegs klar sind.

Denn in der Tat, es gibt keine Rettung. Der Lohnabbau und die sonstigen Mittel, aus jeder einzelnen beschäftigten Arbeitskraft mehr Profit herauszupressen, helfen nur für ganz kurze Zeit, weil ja eben dadurch das Kapital wieder wächst und dann alsbald abermals noch größeren Profit braucht. Zugleich aber steigt durch das Wachstum der Betriebe die Produktivität, immer mehr Arbeitskräfte werden für das Kapital „überflüssig“ und entlassen — und die Arbeitslosen erzeugen überhaupt keinen Profit. In derselben Zeit also, wo das Bedürfnis des Kapitals nach Profit immer riesenhafter anschwillt, sinkt immer mehr die Zahl derjenigen, die ihm Profit erzeugen. Alle krampfhaften Versuche, die Beschäftigten schlimmer auszubehnten — solche krampfhaften Versuche sind Lohnabbau, verlängerte Arbeitszeit, gesteigerte Arbeitsintensität —, helfen da auf die Dauer nicht. Der Augenblick muß kommen, wo der an sich sehr hohe Profit doch nicht mehr zur Produktionserweiterung ausreicht. Ist es so weit, dann tritt die Stockung ein. Auf diesem Wege ist das ausgebrochen, was man gegenwärtig Krise nennt und was sich somit von allen früheren Krisen wesentlich unterscheidet. Man sieht nun wohl, daß diese „Krise“ — die man so überhaupt nicht nennen sollte — nicht von selbst wieder aufhören kann, sondern zum Untergang führt, zum Stillstand aller Produktion, wenn nicht rechtzeitig die richtigen Maßnahmen dagegen ergriffen werden, die nur im Übergang zum Sozialismus bestehen können.

Nun ist in den letzten Wochen eine gewisse Steigerung mancher Rohstoffpreise am Weltmarkt eingetreten, und die bürgerliche Welt schöpft Hoffnung daraus. In der Tat, wir haben gesehen, der Sturz der Rohstoffpreise war seiner Zeit, wenn schon nicht Ursache, so doch Symptom des Krisenausbruchs. Sollte nicht ihr Steigen die Besserung anzeigen? Sollte nicht die größere Nachfrage nach Rohstoffen auf beginnende Produktionsvermehrung zurückzuführen sein?

An sich wäre das möglich und würde nichts gegen die oben ausgeführten marxistischen Gedankengänge besagen. Es kann schon sein, daß der Kapitalismus trotz allem sich noch wieder für ein Weilchen erholt. Den Zusammenbruch würde das nur aufschieben, nicht verhindern. Indessen, eine nähere Betrachtung der bis jetzt eingetretenen Rohstoffverteuerungen verflüchtigt solche Hoffnung. Betroffen davon wurden nämlich bisher fast ausschließlich solche Rohstoffe, die zur Herstellung von Konsumgütern dienen, wie Getreide, Baumwolle, Wolle, Leder usw., aber fast gar nicht solche, aus denen Produk-

tionsmittel gemacht werden: Eisen, Kohle, Öl, andere Metalle usw. Im besten Fall also mögen hier und da die vorhandenen Produktionsmittel wieder etwas besser in Betrieb genommen sein. Aber von Ausweitung der Produktion, von Vermehrung der Produktionsmittel ist keine Rede. Die aber war es, die in allen Krisen den Umschwung herbeigeführt hat.

Im übrigen wissen wir ganz gut, wo die — bisher noch ziemlich geringe — Steigerung der Rohstoffpreise hergekommen ist. In allen Ländern haben die Besitzenden Angst vor einer kommenden Inflation. Nachdem sogar des englische Pfund sie im Stich gelassen, haben sie selbst zum Dollar kein Vertrauen mehr. Die „Flucht in die Sachwerte“ an der Neuyorker Börse hat die Nachfrage nach Materialien und damit deren Preissteigerungen hervorgerufen, und selbstverständlich hat ihr alsbald die Spekulation unter die Arme gegriffen. Einen auch nur vorübergehenden Umschwung der Gesamtkonjunktur darf man daraus bis jetzt nicht erhoffen. J.B.

Was zahlt das deutsche Volk an Subventionen?

Die Gegner der Sozialversicherung begründen ihre ablehnende Haltung unter anderem mit der Behauptung, die Sozialversicherung sei eine staatliche Subvention für einen ganz bestimmten Personenkreis, nämlich für die Arbeiterschaft. Andere Bevölkerungsschichten, insbesondere die Unternehmer, erhielten vom Staate keinerlei Unterstützung. Wie die Unternehmer für sich selbst sorgen müßten, wäre dies auch Pflicht der Arbeiter. — So kann nur jemand reden, der die Welt mit geschlossenen Augen betrachtet oder die Wahrheit bewußt auf den Kopf stellen will.

Zunächst einmal steht doch fest, daß die Ausgaben der Sozialversicherung zu einem großen Teil von den Arbeitern selbst in Form von Beiträgen aufgebracht werden müssen. Der Staat zahlt gewisse Zuschüsse, aber nicht aus blinder Liebe zu den Arbeitern, sondern in der richtigen Erkenntnis, daß die menschliche Arbeitskraft das wichtigste Gut der Nation und der Wirtschaft ist, das unter allen Umständen erhalten werden muß.

Aber stimmt es denn nun, daß die Unternehmer vom Staate keinerlei Unterstützung erhalten? Nein, das stimmt nicht! Wie die Dinge in Wirklichkeit liegen, beweist der Reichstagsabgeordnete der Zentrumspartei Prof. Dr. Dessauer in Nummer 7 der Zeitschrift „Der deutsche Volkswirt“. Die Unternehmer erhalten vom Staate dauernd gewaltige Subventionen. Einmal durch die unmittelbare Hilfe, die durch den Haushalt von Reich, Ländern, Provinzen und Gemeinden besonders geleistet wird, also neben der laufenden Verwaltungs- und Schulungsarbeit etwa die Summen für Osthilfe, für Zinsverbilligungen, Agrarkredite, Subventionen an notleidende Industrien und vor allem durch die Zollgesetzgebung. Durch hohe Schutzzölle werden nicht nur die aus dem Ausland eingeführten Waren erheblich verteuert, auch die inländische Erzeugung erfährt eine starke Preissteigerung. Prof. Dessauer kommt nach eingehender Beweisführung zu dem Schluß:

„Die Landwirtschaft erhält durch die Agrarzölle einschließlich Einfuhrschemie und Branntweinmonopol eine Wertsteigerung ihrer Produkte um wenigstens 2,15 Milliarden Mark — unter Hinzurechnung der Zölle auf eingeführte Agrarprodukte 2,5 Milliarden Mark, durch den öffentlichen Haushalt Leistungen im Gesamtbetrag von wenigstens 400 Millionen Mark, zusammen also 2,8 bis 3 Milliarden Mark. Legt man aber die erweiterte Menge der Berechnung zugrunde, bei der zwar der Eigenverbrauch der Landwirtschaft im Haushalt, nicht aber die Fütterungs- und Saatmengen zum Abzug kommen, so erhöht sich die Wertsteigerung auf 3,5 bis 3,75 Milliarden Mark, einschließlich der Mittel aus der öffentlichen Hand auf 3,9 bis 4,15 Milliarden Mark.“

Gewerbe und Handel erhalten durch die Industriezölle ungefähr 1 Milliarde Mark, durch den öffentlichen Haushalt etwa 78 Millionen Mark, zu denen zugunsten des Fiskus als Zölle auf fertige Waren rund 200 Millionen Mark kommen; so daß sich also insgesamt 1,278 Milliarden Mark ergeben.“

Die Wertsteigerung der landwirtschaftlichen Produkte durch die erwähnten staatlichen Maßnahmen beträgt also etwa 3 Milliarden Mark. Da der Nettowert der landwirtschaftlichen Produktion auf rund 11 Milliarden Mark geschätzt wird, so machen die staatlichen Vergünstigungen reichlich 25 Prozent aus. Würde man statt der Inlandspreise die Weltmarktpreise nehmen, so käme man auf einen landwirtschaftlichen Produktionswert von 8,25 bis 8,50 Milliarden Mark, so daß die 3 Milliarden Mark staatliche Vergünstigungen 35 Prozent ausmachen. Der Nettowert der Industrieproduktion wird für 1930 auf 26 Milliarden Mark geschätzt. Die der Industrie vom Staate gewährten Vergünstigungen machen rund 1,3 Milliarden Mark aus, das sind etwa 5 Prozent des Produktionswertes.

Aus diesen Berechnungen des Professors Dessauer ist zu ersehen, in welchem Ausmaße die Allgemeinheit durch Steuern und Zölle zur Tragung der Lasten der Unternehmer herangezogen wird. Daran denken diese aber nicht, um so lauter schreien sie über die „untragbare“ Sozialversicherung.

Es erben sich Gesetz und Rechte

In Preussen ist man zur Zeit auf Grund eines Gesetzes vom 5. März 1931 damit beschäftigt, mit dem Gerümpel veralteter Polizei- und Strafgesetze aufzuräumen. Von Zeit zu Zeit erfolgen öffentliche Bekanntmachungen des Ministers des Innern, durch welche solche Gesetze ausser Kraft gesetzt werden. So enthält die „Preussische Gesetz-sammlung“ in ihrer Nummer 46 vom 19. November 1931 eine Bekanntmachung, die sich auf veraltete Gesetze in der Provinz Hessen-Nassau bezieht. Das Verzeichnis umfaßt 15 Nummern von Gesetzen, die damit gebührenderweise dem Schutthaufen überliefert werden. Auf diese Weise erfährt man, was für vorsintflutliche Rechtsvorschriften bisher galten und bis zum Tage der Aufhebung Rechtskraft hatten.

Au der Spitze des Verzeichnisses steht: „Reformation der Freien Stadt Frankfurt am Main betr. Massvorschriften (alte Ruten, Werkschuh usw.) von 1587 bzw. 1612 (Frankfurter Reformation, Teil IX, Titel IV von 1587 bzw. 1612.“ Diese „Reformation“ hat also das ehrwürdige Alter von 344 Jahren erreicht. Wenn auch wohl die ältesten Menschen nichts mehr von der Existenz dieses Gesetzes wussten, so hat es doch tatsächlich bis jetzt gegolten.

In diesem Fall handelt es sich um eine harmlose Sache, es ist aber auch schon vorgekommen, dass findige Polizeibeamte alte verstaubte Verordnungen ausgegraben haben, von deren Existenz kein Mensch eine Ahnung hatte. Sie wurden dann als willkommene Handhabe zur Schikanie und Bestrafung einzelner benutzt, wegen angeblicher Gesetzesverletzungen, deren sich täglich Tausende schuldig machten. Das Aufräumen unter den verstaubten Rechtsvorschriften ist also ein verdienstliches Werk. Es sollte nur recht gründlich erfolgen. Dabei wäre es zu begrüßen, wenn auch manche Gesetze und Verordnungen aus jüngerer Zeit auf den Kehrhaufen gefegt würden, auf den sie gehören.

Im Dritten Reich





Aus dem Verbandsleben



Mitteilungen des Vorstandes

Heimvolkshochskurse in Tinz

Von den Bewerbern, die sich auf die Ausschreibung in der „Holzarbeiter-Zeitung“, Nr. 30 vom 25. Juli 1931, zur Teilnahme am nächsten Lehrgang der Heimvolkshochschule in Tinz gemeldet hatten, ist in Übereinstimmung mit dem Bildungsausschuß des ADGB. und mit der Schulleitung der Kollege Karl Keimel (Fürth) gewählt worden.

Wir bitten die übrigen Bewerber, auf diesem Wege von dem Ergebnis der Wahl Kenntnis zu nehmen, da eine persönliche Benachrichtigung nicht erfolgt. Der Vorstandsvorsitzende.

Keine Verkürzung, sondern Verlängerung der Arbeitszeit

In der Konferenz im Reichsarbeitsministerium am 27. November, über die wir an anderer Stelle berichten, haben sich die Unternehmervertreter mit starker Inbrunst als Gegner der Überzeitarbeit bekannt. Allerdings haben sie sich die Hintertür offen gelassen, daß sie die „vermeidbaren“ Überstunden bekämpfen wollen. Der Sprecher des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie erklärte mit dem Pathos, das ihm so gut ansteht, daß bei seiner Organisation der Dinge zur Bekämpfung der Überstunden vorhanden sei. Die Gewerkschaften sollten sich nur, wenn sie glauben, Grund zu Beschwerden zu haben, vertrauensvoll an den Arbeitgeberverband wenden.

Der Vertreter des Reichsarbeitsministers war von diesen Erklärungen tief gerührt. Er stellte sie am Schluß der Sitzung als deren wichtigstes Ergebnis fest. Damit dürfte der Gedanke, durch eine Verordnung die Überstunden genehmigungspflichtig zu machen, begraben sein. Daß die Regierung nicht daran denkt, von ihrem Recht Gebrauch zu machen, die Arbeitszeit allgemein und für die Holzindustrie im besonderen auf weniger als 48 Stunden festzusetzen, hatte der Vertreter des Ministers von vornherein erklärt. Die ganze Aktion ist als ausgefallen wie das Hornberger Schießen.

Nach dieser Konferenz im Reichsarbeitsministerium ist uns die vom 28. November datierte Nummer der „Holzindustrie“ zugegangen, des offiziellen Organs des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes. Hier ist dem Syndikus Broszat in Finsterwalde das Wort erteilt, um die wahre Meinung des Arbeitgeberverbandes zu den Fragen auszusprechen, über die im Reichsarbeitsministerium verhandelt wurde. Herr Broszat hat mit seinem durchdringenden Verstand eine Entdeckung gemacht, die bisher noch niemand gelungen ist: Die Einführung des gesetzlichen Achtstundentages in Deutschland verdanken wir den Reparationsgläubigerstaaten. In ihrer Bosheit haben sie uns auf dem Wege über das Internationale Arbeitsamt in Genf zur gesetzlichen Anerkennung des Achtstundentages gezwungen, zu dem niederträchtigen Zweck, Deutschland recht lange an der Strippe zu halten. Denn „traglos bestand für Deutschland die Möglichkeit, sich nur durch das Diktat von Versailles auferlegten Lasten durch besondere Arbeitsleistung und Mehrarbeit schneller zu entledigen, als es den Reparationsgläubigern lieb gewesen wäre.“

Mit dieser Entdeckung hat der Syndikus Broszat sicher den Befähigungsnachweis erbracht. Und er beginnt dann mit der Entwicklung volkswirtschaftlicher Theorien, die auf der Höhe seiner Entdeckung stehen. Die deutsche Wirtschaft bedarf neuer Kapitalanlagen, die nur möglich ist, wenn mehr verplant als verbraucht wird. Die gegebene Zeit aber wird nicht ausreicht sein, wenn die Arbeiter eine Lohn gezahlt werden

muß, der es ihnen nicht nur ermöglicht, die notwendigen Lebensbedürfnisse zu befriedigen, sondern auch noch einen Notgroschen auf die Sparkasse zu bringen. Der Wortführer des Arbeitgeberverbandes erkennt wohl, daß das die logische Folgerung aus seiner Feststellung wäre, er unternimmt

dort schließlich auch nichts verderben können, denn die Absicht der Reichsregierung, trotz der Vollmacht, die sie sich vom Reichspräsidenten hat geben lassen, in der Frage der Arbeitszeitverkürzung und der Beschränkung der Überstunden nichts zu tun, stand so fest, daß

Den Alten zur Ehr'

Carl Hoopits Mitglied seit 1891
Heinrich Tiedecken Mitglied seit 1890
Hermann Horstmann Mitglied seit 1885
Georg Bruns Mitglied seit 1885
Georg Fahrenhorst Mitglied seit 1886

Mitglieder und langjährige Funktionäre der Verwaltungsstelle Oldenburg.
Kollege Bruns ist Mitgründer der Verwaltungsstelle.

Den Jungen zur Lehr'

es aber, der Logik ein Schnippchen zu schlagen. Er nimmt einfach Einkommensminderung durch Lohn- und Gehaltsabbau als gegebene Tatsache hin, mit denen man sich in gottgewollter Abhängigkeit abfinden muß. Aber er lehnt sich dagegen auf, daß man diese unabwendbaren Übel durch Kurzarbeit steigern will.

Und nun ist er in seinem Element. Wenn die Lohnsenkung einen Verbrauchsrückgang nach sich zieht, die Wirtschaft aber eine Selbstkostensenkung benötigt, dann ist es doch ganz klar, daß der Ausgleich für den gesunkenen Stundenlohn durch Mehrarbeit heringebracht wird. Der Herr Syndikus hat in der Schule mit gutem Erfolg die Regeldeitri studiert, und so rechnet er vor, daß der Arbeiter, der bei achtstündiger Arbeitszeit und 1 Mk. Stundenlohn im Tage 8 Mk. verdient hat, bei einer Herabsetzung des Stundenlohnes auf 89 Pf. täglich 9 Stunden, und wenn der Lohn auf 80 Pf. herabgesetzt wird, täglich 10 Stunden arbeiten müßte, um seinen Tagesverdienst von 8 Mk. zu erhalten. Diese Rechnung ist ganz richtig. Sie hat nur den einen Fehler, daß zur Lösung volkswirtschaftlicher Probleme die Regeldeitri nicht ausreicht.

Eine dunkle Ahnung davon dämmert auch dem guten Broszat. In der Überzeugung, den Stein der Weisen gefunden zu haben, äußert er Besorgnisse, daß ihm Mißgünstige Leib und Leben deshalb in Gefahr bringen könnten. Aber mutig bietet er den Gefahren Trotz. Schnell, ganz schnell muß sein Rezept verwirklicht werden, sonst „könnte es passieren, daß selbst Mehrarbeit uns nicht mehr helfen kann, weil die Senkung ausländischer Valuten die erwartete Spar- und Kapitalbildungsmöglichkeit nicht mehr zulasse.“

Man wird nicht erwarten, daß wir uns mit der volkswirtschaftlichen Weisheit des Syndikus Broszat ernsthaft auseinandersetzen. Seine Ausführungen haben nur Bedeutung als Kundgebung des Arbeitgeberverbandes zu den Verhandlungen über die Einschränkung der Überzeitarbeit, zu denen das Reichsarbeitsministerium geladen hatte. Es ist vielleicht ungewollter Zufall, daß der Begründungsartikel der Konferenz, der er gewidmet war, noch nicht vorlag. Er hätte aber

auch der Aufsatz in der „Holzindustrie“ nicht wankend gemacht hätte.

Immerhin ist dieser Aufsatz nicht ganz wertlos. Er enthüllt die wahren Gedanken des Arbeitgeberverbandes. Der Arbeitgeberverband, der vor dem Regierungsvertreter feierlich erklären läßt, daß er den guten Willen habe, die Überstunden zu bekämpfen, plädiert in seinem Organ für die Verlängerung der Arbeitszeit. Das ist an sich nichts Neues, aber es darf wieder einmal registriert werden.

Weitere Vertragskündigungen

Außer den Bezirksmantelverträgen, von deren Kündigung wir in Nummer 48 der „Holzarbeiter-Zeitung“ berichtet haben, ist nun auch der Vertrag für das Holzgewerbe im Rheingebiet, der sich auf das Gebiet links des Rheines erstreckt, am 30. November gekündigt worden. Dieser Vertrag läuft bereits am 31. Dezember 1931 ab. Auch der Vertrag für Kassel, den wir als nicht gekündigt registriert hatten, ist tatsächlich gekündigt worden. Nur die Meldung davon ist verspätet eingegangen.

Lohnverhandlungen für Württemberg

Nachdem die direkten Verhandlungen über die Erneuerung des abgelaufenen Lohnabkommens ergebnislos geblieben waren, haben beide Parteien den Schlichtungsausschuß Stuttgart angerufen. Die hier am 4. Dezember geführten Verhandlungen blieben ebenfalls ergebnislos. Der Vorsitzende verkündete den folgenden Beschluß: „Die Kammerverhandlung wird vertagt, da demnächst Maßnahmen erwartet sind, deren Auswirkung auf den gegenwärtigen Streit nicht vorausszusehen ist. Der Vorsitzende wird die Kammer wieder einberufen, sobald die Entwicklung der Verhältnisse es gestattet. Der Vorsitzende empfiehlt den Parteien, bis dahin keine Schritte wegen einer Änderung der bestehenden Verhältnisse zu unternehmen.“

Mit Zufahren dieser Nummer ist der 50. Jahrestag der Holzindustrie gefällig

Sägerstreik in Hamburg

Das Lohnabkommen für die Sägereibetriebe in Hamburg war am 31. Oktober abgelaufen. Für seine Erneuerung forderten die Unternehmer mindestens 20 Prozent des Lohnes um mindestens ein Herabsetzen. Davon konnte natürlich keine Rede sein. Auch vor dem angerufenen Schlichtungsausschuß konnte eine Verständigung nicht erzielt werden. Ein Schiedsspruch wurde nicht gefällt, doch machte der Vorsitzende den Parteien den Vorschlag, den Spitzenlohn um 9 Pf. herabzusetzen. Dieser Vorschlag wurde von den Unternehmern sofort abgelehnt, damit erübrigte sich für die Arbeiter eine Stellungnahme. Die Unternehmer machten dann nach dem Scheitern der Verhandlungen durch Anschlag in den Betrieben bekannt, daß der Lohn an der Spitze um 9 Pf. abgebaut werde. Gegen diese einseitige Festsetzung des Lohnes protestierten die Arbeiter, und als dieser Protest unbeachtet blieb, wurde die Arbeitseinstellung beschlossen. Seit dem 21. November sind etwa 180 Kollegen und Kolleginnen im Streik.

Holzgewerbe im Bezirk Bremen

In der vorigen Nummer haben wir von dem Schiedsspruch berichtet, zu welchem der Arbeitgeberverband und die Tischlerinnung erklärt haben, daß sie mit der Lohnfestsetzung einverstanden seien, aber die Befristung bis zum 31. Januar ablehnen. Hier ist ein Irrtum zu berichtigen. Die beiden Unternehmerorganisationen, die eine gemeinsame Erklärung abgegeben haben, sind die „Vereinigung Nordwestdeutscher Arbeitgeberverbände des Bezirks Bremen“ und die „Vereinigung der Holzindustrie-Betriebe des Bezirks Bremen“. Die Bremer Tischlerinnung war an diesem Lohnstreik nicht beteiligt, mit ihr besteht ein besonderer Vertrag. Auf dem Wege freier Vereinbarung ist mit ihr ein Lohnvertrag mit den gleichen Löhnen und der gleichen Laufdauer abgeschlossen worden, die der von den Arbeitgebervereinigungen abgelehnte Schiedsspruch vorsah.

Holzgewerbe in Rheinland-Westfalen

Mit dem Verein der Holzbearbeitungsfabrikanten im Industriegebiet, der fast ausschließlich Betriebe der Möbelindustrie umfaßt, wurde am 23. November ein neues Lohnabkommen getroffen, durch welches der Tariflohn des Facharbeiters an der Spitze auf 102 Pf. festgesetzt wird. Dieses Abkommen ist erstmalig zum 31. März 1932 kündbar.

Säger in der Altmark

Das im Februar dieses Jahres abgeschlossene Lohnabkommen für die Sägewerksindustrie war vom Arbeitgeberverband der Altmark zum 30. November gekündigt. Es wurde eine Vereinbarung getroffen, nach welcher die Spitzenlöhne in den drei Ortsklassen, die bisher 70, 66 und 64 Pf. betragen, auf 66, 63 und 61 Pf. herabgesetzt werden. Das Abkommen gilt bis 1. März 1933.

Bleistift- und Pinselindustrie in Nordbayern

Die bisherige Lohnvereinbarung, die ab 15. Februar 1931 in Geltung war, hatte der Arbeitgeberverband zum 22. Oktober 1931 gekündigt. Auf Grund eines vom Schlichtungsausschuß Nürnberg gefällten Schiedsspruches kam es am 25. November 1931 zu einer Vereinbarung, nach der der Spitzenlohn in Ortsklasse A um 5 Pf. auf 83 Pf., in Ortsklasse B ebenfalls um 5 Pf. auf 81 Pf., auf 76 Pf. gesenkt wird. Der Spitzenlohn der weiblichen Arbeiter beträgt in Ortsklasse A 55 Pf., in Ortsklasse B 51 Pf. Die neue Lohnvereinbarung gilt ab 7. November 1931 und ist mit vierwöchiger Frist, erstmals zum 31. März 1932, kündbar.



Holzindustrie



Aus der Klein-Musikinstrumentenindustrie

X. Zusammenfassung der Ergebnisse

Nachdem wir in den letzten drei vorhergehenden Nummern einige Feststellungen des Enquete-Ausschusses behandelt haben, wollen wir heute seine Schlußfolgerungen im Auszug wiedergeben. Im Anschluß an die Tatsache, daß in den letzten Jahren der Umsatz der Kleinmusikinstrumentenindustrie sowohl auf dem Inlandmarkt als auch auf dem Weltmarkt zurückgegangen ist, schreibt der Enquete-Ausschuß unter anderem:

Die Gründe für diese Entwicklung der Industrie liegen einmal in der Marktgestaltung, zum anderen im organisatorisch-technischen Aufbau der Industrie. Ebenso wie die übrigen Zweige der Musikinstrumentenindustrie ist auch die Kleinmusikinstrumentenindustrie stark von den allgemeinen Wandlungen des abendländischen Lebensstils im vergangenen Jahrzehnt beeinflusst. Kino, Sport, Sprechapparat, Rundfunk, Tonfilm und Jazz vor allem sind dabei die maßgebenden Faktoren. Wenn auch nicht gesagt werden kann, daß allgemein das Bedürfnis nach Musik schwächer geworden sei, so hat doch die Art der Befriedigung dieses Bedürfnisses den Bedarf an Instrumenten wesentlich geändert. Die ausgedehnte sportliche Betätigung hat zweifellos der Freude am Musizieren und dem ernstesten Willen zur Erlernung eines schwierigen Instrumentes Abbruch getan. Sprechapparat und Rundfunk haben diese Abneigung im allgemeinen noch verstärkt, wenn auch in einzelnen Fällen durch die mechanische Übertragung guter Musik Anregung zu eigener Musikausübung gegeben sein dürfte. Das Vordringen der mechanischen Musik kann für die Gegenwart jedenfalls nicht bestritten werden. Allerdings macht sich auch eine Gegenbewegung bemerkbar, die bewußt für instrumental gebundene Volksmusik und für die Musik der alten Meister eintritt.

An diesen allgemeinen Wandlungen sind die einzelnen Zweige der Kleinmusikinstrumentenindustrie in verschiedenem Maße beteiligt. Der Gebrauch der Harmonika hat sich ganz erheblich ausgedehnt. Die leichte Handhabung besonders der Mundharmonika hat diesem Instrument in Verbindung mit einer sehr geschickten Propaganda größte Verbreitung gesichert. Ein verhältnismäßig niedriger Preis und die gleichzeitige dauernde Verbesserung der musikalischen Qualität haben in gleicher Richtung gewirkt. Bei der Ziehharmonika muß zwischen den ganz geringwertigen Artikeln und den Qualitätsstücken unterschieden werden. Die letzteren sind durch die Aufnahme in die Jazzkapellen konzertfähig geworden. Für sie wird also erhöhter Verbrauch angenommen werden können. Der Bedarf in geringwertigen Artikeln ist dagegen sehr zurückgegangen, weil Grammophon und Radio an ihre Stelle gerückt sind.

Für die Orchesterinstrumentenindustrie ist das Aufkommen der Jazzkapellen von entscheidender Bedeutung gewesen. Die Saiteninstrumente werden immer mehr verdrängt. Blas- und Schlaginstrumente haben dagegen an Bedeutung gewonnen. Allerdings muß für diese Gruppen der Ausfall berücksichtigt werden, der auf dem deutschen Markt durch die Auflösung der Heereskapellen entstanden ist. Der Verbrauch an Saiteninstrumenten wird auch sehr beschränkt durch die lange Haltbarkeit der einzelnen Stücke.

Auch bei der Saitenindustrie haben sich Wandlungen vollzogen. An die Stelle einer E-Saite aus Darm ist die Stahl- oder Silbersaite getreten. Darmsaiten werden jetzt mehr für Sportzwecke verwendet.

Die aus der Marktgestaltung hergeleiteten Entwicklungstendenzen wurden ergänzt durch solche, die mit dem organisatorisch-technischen Aufbau der

Industrie zusammenhängen. Hierbei ist zu unterscheiden zwischen dem oberen Vogtland und Trossingen. In Trossingen, wo anfänglich im wesentlichen nur Mundharmoniken hergestellt wurden, konnte die großzügige fabrikmäßige Herstellungsweise (Qualitätsware) frühzeitig durch eine straffe und weltumspannende Absatzorganisation ergänzt werden. Dieser glücklichen Verbindung ist die stetige Aufwärtsentwicklung der Mundharmonikaindustrie vor allem zu danken. Im Vogtland gab es in den ersten Nachkriegsjahren weder eine Zusammenfassung der Produktion noch einen organisierten Absatz. Die Industrie konnte infolgedessen den Markt wandlungen von sich aus kaum Widerstand leisten. Diese Situation erklärt sich aus der Betriebsverfassung eines großen Teils der vogtländischen Kleinmusikinstrumentenindustrie. Die große Verbreitung des Verlagssystems und des Lohngewerbes hemmt den organisatorischen und technischen Fortschritt der Fabrikbetriebe, die der Konkurrenz der Heimarbeit nur schwer standhalten können.

In der Mundharmonikabranche des oberen Vogtlandes wird in dieser Hinsicht seit etwa 1928 Wandel geschafft. Es wird versucht, die Heimarbeiter mehr und mehr in die Betriebe zu übernehmen, weil damit neben anderen Vorteilen für die Produktion auch besonders eine gleichmäßigere und bessere Qualität gewährleistet ist. Größere Betriebe haben außerdem ihre Produktion vereinigt und sind damit in der Lage, dem Absatz mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Die so angebahnte Entwicklung steht naturgemäß in engstem Zusammenhang mit den oben erwähnten Markt tendenzen, die besonders für die Qualitätserzeugung der Ziehharmonika günstig sind. Auch das Unternehmen in Trossingen hat der Ziehharmonika in den letzten Jahren erhöhte Beachtung geschenkt.

Ungünstiger liegen die Verhältnisse für die Fabrikation von Orchesterinstrumenten, soweit sie nicht Vorteile ziehen aus der Verbreitung der Jazzmusik. Streich-, Zupf- und Blasinstrumente werden zum größten Teil von Hausgewerbetreibenden hergestellt. Eine wirksame Marktbeeinflussung liegt also kaum im Bereich der Möglichkeit. Der Mechanisierung der Produktion und somit der fabrikmäßigen Herstellungsweise sind hier besonders enge Grenzen gezogen. Die individuelle Geschmacksrichtung fordert individuelle Arbeit. Nur bei geringerwertigen Massenwaren fällt dieses Moment weniger ins Gewicht. Für die marktgängige Geige z. B. ist dann vor allem die billige Arbeitskraft ausschlaggebend. Dies zeigt sich in den letzten Jahren immer deutlicher darin, daß große Abnehmer, besonders aus Amerika, ihren Bedarf direkt in der Tschechoslowakei befriedigen, weil die Massenware hier zum niedrigsten Preis angeboten wird. In den letzten Jahren wurden wohl Versuche unternommen, auch Streichinstrumente in größeren Betrieben fabrikmäßig zu produzieren. Unter dem Druck der gegenwärtigen Depression hat aber wieder eine rückläufige Bewegung eingesetzt, weil das Hausgewerbe den Erschütterungen vom Absatz her sehr viel elastischer gegenübersteht als der Fabrikbetrieb.

Aber auch unter Berücksichtigung all dieser Umstände kann nicht übersehen werden, daß die Konkurrenzindustrien auf dem deutschen Markt Fortschritte machen. Die Industrie der Orchesterinstrumente hat darum in den letzten Jahren ihre Haltung in der Zollfrage einer Revision unterzogen. Grundsätzlich hat die gesamte Kleinmusikinstrumentenindustrie eine freihändlerische Einstellung bekundet: Zollabbau, aber auch im Ausland. Diese These ist gegenüber zum Teil aufgegeben, weil einmal an Stelle des Abbaues der ausländischen Zölle auf wichtigen Märkten eine wesentliche Erhöhung eingetreten ist (obwohl die deutschen Zölle im allgemeinen schon sehr viel niedriger waren als die des Auslandes), zum anderen, weil das Vordringen der fremden Konkur-

renz, besonders in Orchesterinstrumenten, in den letzten Jahren immer bedrohlichere Formen angenommen hat. In dieser Situation darf natürlich keinesfalls außer acht gelassen werden, dass für eine Gesundung der deutschen Kleinmusikinstrumentenindustrie auf die Dauer eine Erhöhung der deutschen Zölle eher hemmend als fördernd wirkt. Die Ansatzpunkte für eine durchgreifende Besserung der Lage der Industrie können nur in organisatorisch-technischer Umstellung, die naturgemäß bei vorsichtiger Abwägung der allgemeinen Markt tendenzen erfolgen muß, gesucht werden.

Diese Umstellung der vogtländischen Orchesterinstrumentenindustrie ist ein gewaltiges Stück Arbeit. Sie kostet viel Geld, aber auch große wirtschaftliche Einsicht, und diese ist unter den Beteiligten vielleicht noch seltener als volle Geldbeutel.

Verein Ostdeutscher Holzhändler und Sägewerke

Der Verein Ostdeutscher Holzhändler und Sägewerke (Sitz Berlin) hatte letzthin seine diesjährige große Jahrestagung. An die 600 Sägewerksbesitzer und Holzhändler waren im Bürgersaal des Berlin-Schöneberger Rathauses versammelt. Der Vorsitzende dieses größten bezirklichen Unternehmerverbandes der Sägewerksindustrie, Kommerzienrat Franke (Berlin), eröffnete die Verhandlungen mit einer scharfen Attacke auf die „hohen“ Löhne. Die Holzindustriellen seien mit dem Preisabbau vorangegangen, „aber bei den ungeheuer gestiegenen Löhnen der Handarbeiter wird haltgemacht, das erlaubt Herr Dr. Stegerwald nicht, indem er sich hinter den Reallohnstandard versteckt. Ja, weiß denn der Minister nicht, daß die meisten Löhne nicht auf wirtschaftlicher Basis, sondern aus Machtpolitik bestimmt sind? Ich will Ihnen zeigen, wie unsere Holzpreise sich gegenüber den Arbeitslöhnen entwickelt haben: 1913 betrug der Stundenlohn eines Berliner Platzarbeiters 50 Pf., der höchste Satz bis 1. Oktober 1931 betrug 1,23 Mk., seit November 1931 beträgt der Stundenlohn 1,02½ Mk. Das Bauholz ist in Berlin billiger als vor dem Kriege geworden, aber die Löhne sind noch auf einem Satz, der höher ist als der doppelte des Friedens!“

Aus diesen Ausführungen des Herrn Franke geht hervor, daß der Stundenlohn des Berliner Platzarbeiters innerhalb von wenigen Wochen um 20¼ Pf. oder fast 17 Prozent abgebaut worden ist. Trotzdem glaubt Herr Franke feststellen zu können, daß die Löhne nicht abgebaut worden sind. Das ist wirklich eine Leistung. Um zu dem von ihm gewünschten Lohnabbau zu kommen, empfiehlt Kommerzienrat Franke, alle Löhne mit einem Schläge zu kürzen, so wie dies bei den Beamtengehältern geschehe. Dann kämen die Unternehmer zum Ziele.

Auch der neue Geschäftsführer des ostdeutschen Verbandes, Herr Dr. Wegelt, hat sich mit der Lohnfrage beschäftigt. „Vergleichen wir die Löhne von 1913 und heute, so sehen wir wieder eine Richtung, nach der sich unsere Mühe bewegen muß, um die Existenzfähigkeit und Konkurrenzfähigkeit der deutschen Hölzer am Weltmarkt wiederzuerlangen.“ Das klingt ja recht nett, aber schließlich sollte auch Dr. Wegelt wissen, daß die deutschen Hölzer am Weltmarkt bisher noch niemals so existenz- und konkurrenzfähig waren wie bei den „hohen“ Löhnen in den Jahren 1930 und 1931. Ein Blick in die amtliche Ausführungsstatistik beweist das. Herr Dr. Wegelt weiß das natürlich ebensogut wie wir, er hat aber geglaubt, seinen Zuhörern das erzählen zu müssen, was sie gern hören.

Am meisten werden sie sich darüber freuen haben, daß ihr neuer Doktor die Löhne von 1913 als das Ziel seiner Lohnpolitik betrachtet. Nach Herrn Franke betrug der Berliner Platzarbeiterlohn damals 50 Pf., jetzt noch 1,02½ Mark, da ist also noch eine ganze Menge abzubauen.

Nun versteht man auch die Meldung des „Holzmarkt“, daß die Versammlungsteilnehmer beim ersten Anblick ihres neuen Geschäftsführers „allgemein aufgetatet und sich über die glücklich getroffene Neuwahl gefreut haben“.

Herr Dr. Wegelt hat dann Vergleichszahlen über „Löhne und Schnittmaterial“ vorgetragen, die „ein interessantes Bild zeigen“. Diese Zahlen sollen aus einem Bericht des Instituts für Konjunkturforschung stammen, der demnächst erscheinen soll. Wenn dies geschehen ist, wird zu diesen Zahlenangaben noch einiges zu sagen sein.

Im Gegensatz zu ihren Vorgängerinnen hat die diesjährige Jahresversammlung sich für eine Erhöhung der Holzölle ausgesprochen. Herr Franke forderte die preußische Staatsforstverwaltung auf, „bei den maßgebenden Reichsstellen energische Schritte zu unternehmen und darüber Vorstellungen zu machen, welchen Schaden durch eine unglückliche Zollpolitik der preußische Staat erleidet“. Der Bedarf an Bauholz und Tischlerholz für Bauzwecke sei so gering, daß er „vollständig aus dem Inlande gedeckt werden könnte“. Im Augenblick kann das stimmen, aber wir alle hoffen doch auf einen baldigen Wiederaufschwung der deutschen Wirtschaft. Ist dieser da, dann brauchen wir das Auslandsholz wieder so notwendig wie das liebe Brot. Die jetzt geforderte Zoll-erhöhung für Holz wird sich dann nicht wieder rückgängig machen lassen, wenn die ostdeutschen Holzhändler und Sägewerksbesitzer auch wahrscheinlich die ersten sein werden, die mit einer solchen Forderung auftreten. Darum sollten die Herrschaften sich hier nicht von Augenblicksstimmungen leiten lassen, denn das könnten sie später einmal bitter bereuen.

Warum so wütend, Meister Borrmann?

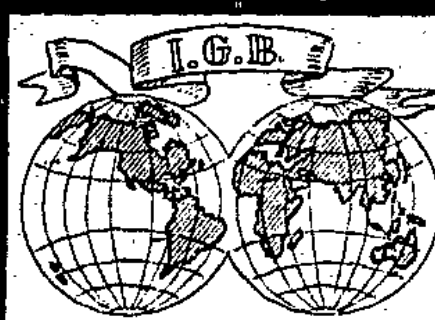
Als die „Holzindustrie“ kürzlich wieder einmal gegen die Arbeitslosenunterstützung hetzte und die Dreistigkeit besaß, von den Arbeitslosen zu sagen, daß sie nach dem Grundsatz lebten: „Wer die Arbeit kennt und sich nicht drückt, der ist verrückt“, druckten wir in unserer Antwort darauf (Nr. 42 der „Holzarbeiter-Zeitung“) aus einem Aufsatz des Bürstenmachermeisters Borrmann in Breslau folgenden Satz ab: „Die Arbeiter leben von den paar Stempelgroschen wie die Hunde.“

Herr Borrmann hat uns das sehr übelgenommen. In Nr. 22 der „Bürsten-, Pinsel- und Kammacher-Zeitung“ schreibt er, daß dieses aus dem Zusammenhang gerissene Zitat einer Lüge gleichkomme. Dem müssen wir ganz entschieden widersprechen. Richtig ist, dass Herr Borrmann diesen Satz nicht als Verteidigung der Arbeitslosenunterstützung geschrieben hat, was wir auch nicht behauptet haben. Richtig ist weiter, daß Herr Borrmann ein geschworener Feind der gewerkschaftlichen Lohn- und Tarifpolitik ist. Sein ganzer Aufsatz in Nr. 17 der genannten Unternehmerzeitung ist ein wütender Angriff auf die Gewerkschaften. Wir wären ja darauf eingegangen, wenn Herr Borrmann eben nicht Herr Borrmann wäre. Mit ihm über volkswirtschaftliche und arbeitsrechtliche Fragen zu streiten, lohnt sich nicht, da er von solchen Dingen zu wenig versteht. Was wir ihm aber zutrauen, das ist eine zutreffende Beurteilung der Lebensverhältnisse der Arbeitslosen. Und da hat er schwarz auf weiß geschrieben, „die Arbeiter leben von den paar Stempelgroschen wie die Hunde“.

In welchem Zusammenhang Herr Borrmann diesen Satz geschrieben hat, ist für die Art, wie wir ihn verwendet haben, gleichgültig. Seine Feststellung, daß „die Arbeiter von den paar Stempelgroschen wie die Hunde leben“, ist jedenfalls die beste Widerlegung jener verlogenen Behauptung, die Arbeitslosenunterstützung sei so hoch, daß ihre Empfänger ein iröhliches Leben führen könnten. In diesem Sinne haben wir seine Worte zitiert, und dabei bleibt es auch.



Gewerkschaftsbewegung



Gewerkschaftsrichtungen

Die Gewerkschaften sind die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter. Die Arbeiter schließen sich zu Gewerkschaften zusammen, um einen Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen zu gewinnen und ihre wirtschaftliche Lage möglichst günstig zu gestalten. Der auf sich allein gestellte Arbeiter ist ein wehrloses Ausbeutungsobjekt, sein Ausbeuter, der Unternehmer, bestimmt den Preis seiner Arbeitskraft. Durch den Zusammenschluß in der Gewerkschaft vervielfacht sich die Macht des einzelnen, erst durch die Organisation wird der Arbeiter zu einem Machtfaktor.

Die Vermutung, daß der Ursprung der Gewerkschaften auf die Erkenntnis dieser Tatsache zurückzuführen ist, liegt nahe; sie ist aber irrig. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist das Kind politischer Parteien. Wie die freien Gewerkschaften von der Sozialdemokratie, so sind die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine von der Fortschrittspartei in den Jahren 1869 bis 1871 gegründet worden. In dem Verhältnis der Gewerkschaften zu den Parteien, denen sie ihr Dasein verdanken, hat sich im Laufe der Zeit manches geändert, aber in ihren Lebensäußerungen läßt sich der Ursprung der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen nicht verkennen.

Die erste Betätigung der erwachenden Arbeiterbewegung war politischer Natur. Mit starkem Nachdruck hatte Lassalle die Arbeiterschaft auf die Notwendigkeit hingewiesen, das politische Wahlrecht zu erlangen. Erst einige Jahre nach seinem Tode wurden die Koalitionsverbote aufgehoben, doch dürfte weniger dieser äußere Grund als die Erkenntnis, daß man den Arbeitern näherliegende wirtschaftliche Ziele zeigen müsse, um sie für die Organisation zu gewinnen, für Lassalles Nachfolger bestimmend gewesen sein, als sie Gewerkschaften ins Leben riefen.

Deutlicher noch ist der Wunsch, sich die Gefolgschaft der Arbeiter zu erhalten, bei der Gründung der Gewerkvereine durch die Fortschrittspartei zu erkennen. Max Hirsch, der Gründer und langjährige Führer der Gewerkvereine, war Fortschrittsparteiler, ebenso wie Franz Duncker, der mit Hirsch der Namenspatron der Gewerkvereine wurde. Beide Gewerkschaftsrichtungen wurden ziemlich gleichzeitig ins Leben gerufen, und seit ihrer Gründung bekämpften sie sich als Nebenbuhler. Als die Gewerkschaften auf Grund des Sozialistengesetzes aufgelöst und verfolgt wurden, bekamen die Gewerkvereine einen gewissen Vorrang, der aber bald eingeholt wurde. An dem Aufschwung, den die Gewerkschaftsbewegung in der Folgezeit nahm, waren die Gewerkvereine nur in sehr bescheidenem Maße beteiligt, und auch heute sind sie verhältnismäßig schwache Organisationen.

Die christlichen Gewerkschaften sind keine erwachsenen Organisationen. Sie wurden um die Jahrhundertwende von der Fortschrittspartei ins Leben gerufen als Schutzwall gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften, die in die katholischen Gebiete einzudringen begannen, welche das Zentrum als seine sichersten Domänen betrachtete. Die Schaffung besonderer christlicher Gewerkschaften wurde damit begründet, daß es dem gläubigen christlichen Arbeiter nicht zugemutet werden könne, mit Ungläubigen und Gottesleugnern in der gleichen Organisation zu sein. Mit großem Eifer wurden in den Kundgebungen der Gewerkschaften alle Äußerungen registriert und agitatorisch ausgenutzt. Die als religionsfeindlich ausgelegt werden konnten.

Alle Gewerkschaftsrichtungen haben sich im Laufe der Zeit mehr oder weniger von der Partei emanzipiert. Das Gängelband der Arbeiter der Sozialdemokratie in den Anfangsjahren der freien Gewerkschaften ist fast ganz zerbrochen. Die

freien Gewerkschaften sind unabhängige Organisationen, die von der Sozialdemokratischen Partei als gleichberechtigt anerkannt werden. Das gute, enge Freundschaftsverhältnis, das Partei und Gewerkschaften verbindet, beruht auf der Tatsache, daß beide Vertreter der Arbeiterklasse sind und jede auf ihrem besonderen Betätigungsbereich das Wohl der arbeitenden Klassen zu fördern bestrebt ist.

Das Verhältnis der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine zu der Fortschrittspartei, die sich später in die Freisinnige, nach der Revolution in die Demokratische Partei umgewandelt hat, um schließlich in der Staatspartei aufzugehen, ist schon lange sehr lose und beschränkt sich wohl in der Hauptsache nur noch auf die Zugehörigkeit der meisten Führer der Gewerkvereine zu der genannten Partei. Die Staatspartei ist eine bürgerliche Partei, die kapitalistische Interessen vertritt und für eine ihr nahestehende Arbeiterorganisation nicht viel übrig hat, zumal diese ihr bei ihrer numerischen Schwäche keinen politischen Rückhalt zu geben vermag.

Auch die christlichen Gewerkschaften haben sich von der Führung durch Geistliche, die anfangs einen starken Einfluß ausübten, so ziemlich befreit. Daß sie auch evangelische Mitglieder aufnahmen und gestützt darauf ihren interkonfessionellen Charakter betonen, will wenig besagen. Von einem direkten Einfluß des Zentrums auf die christlichen Gewerkschaften kann man heute kaum noch sprechen. Die christlichen Gewerkschaften haben sich emanzipiert, ihre Mitglieder und vor allem die Führer üben einen Einfluß innerhalb des Zentrums aus. Sie sind allerdings hier nicht stark genug, um sich gegenüber den Vertretern der bürgerlichen Schichten entgegenzusetzen.

Die christlichen Gewerkschaften betonen mit starkem Nachdruck den weltanschaulichen Gegensatz, der sie von den freien Gewerkschaften trennt. Darüber ist sehr viel geredet und geschrieben worden, aber in der Hauptsache sind es doch Phrasen, die an keiner Stelle ernst genommen werden. In der praktischen Tätigkeit besteht zwischen den drei Gewerkschaftsrichtungen kein grundsätzlicher Unterschied. Die Zeit, wo ein solcher bestand, liegt weit zurück. Heute gibt es da und dort taktische Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen, und bei der Mitgliederwerbung im umstrittenen Gebiet werden die Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten stark unterstrichen. Die Unternehmer, gegen die sich naturgemäß die Tätigkeit der Gewerkschaften in erster Linie richtet, machen zwischen den verschiedenen Richtungen der Gewerkschaften kaum einen Unterschied.

Die Logik der Dinge hat sich als stärkerer Gegensatz. Die Macht und der Einfluß der großen Unternehmerverbände hat die Gewerkschaften in die gemeinsame Front gezwungen. Diese funktioniert leider nicht immer. Es kommt noch oft genug vor, daß nicht sowohl weltanschauliche als vielmehr politische Bindungen sich hemmend bemerklich machen. Aber wenn man diese Dinge, wie sie heute sind, etwa mit der Zeit vor etwa 20 bis 25 Jahren vergleicht, dann erkennt man, daß im Zusammenarbeiten der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen doch ganz bedeutende Fortschritte gemacht wurden. Ob es gelingen wird, die noch vorhandenen Gegensätze völlig zu beseitigen? Obwohl die sachlichen Unterschiede nicht sehr gross sind, bestehen doch sehr starke Hemmnisse. Sie liegen zwar nicht in der Sphäre des Gewerkschaftlichen, aber sie sind anscheinend doch so schwerwiegend, daß ihre Überwindung in absehbarer Zeit nicht sehr wahrscheinlich ist.

Vor einigen Wochen hat die „Metallarbeiter-Zeitung“ in ihrer Nummer 44 dieses Thema angerührt in einem Artikel mit der Überschrift „Verstärkung durch Vereini-

gung“. In dem Aufsatz, den die Redaktion als ebenso zeitgemäß wie beherzigenswert kennzeichnet, heißt es u. a.: „Es hat eine neue Zeit begonnen. Vergessen wir das Alte, das Vergangene. Blicken wir in die Zukunft, die um so trostloser sein wird, je uneiniger die Arbeiterbewegung ist.“ Der „Regulator“, das Organ des Gewerkvereins der Metallarbeiter, hat zu dem Thema Stellung genommen. Er äußert sich zu der gegebenen Anregung im allgemeinen sympathisch, stellt aber zum Schluß drei Fragen. Sie beziehen sich auf die politische und religiöse Meinungsfreiheit und den entschlossenen Kampf der Gewerkschaftsbewegung gegen die kommunistisch-bolschewistische Revolutionstreiberei. Wir beschränken uns auf die Registrierung dieser Tatsachen als interessante Äußerungen einer Bewegung, die sich in ihrem Anfangsstadium befindet. Ob sie mit der Zeit zu einer intimeren Annäherung der Gewerkschaftsrichtungen führt, muß man abwarten.

Erinnerung an Karl Legien

Am 1. Dezember hätte Karl Legien seinen 70. Geburtstag feiern können. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat das zum Anlaß genommen, am Grabe des Führers, der bereits am 26. Dezember 1920 gestorben ist, eine schlichte Erinnerungsfestveranstaltung. Die Mitglieder des Bundesvorstandes und Vertreter der Verbandsverbände versammelten sich auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde, wo Legien neben einer Reihe anderer bekannter Führer der Arbeiterschaft ruht. Der Bundesvorsitzende Leipart, Legiens Nachfolger im Amt, legte eine Kranz nieder mit einer kurzen Ansprache, in der er ausführte: Dieser schlichte Kranz soll das äußerliche Zeichen der unverbrüchlichen Treue zu Karl Legien und seinem Lebenswerk sein. Gerade am Grabe dieses Kämpfers, dessen Namen für immer mit der Geschichte und den Erfolgen der freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung Deutschlands verbunden sein wird, erklären die zur Fortführung seines Lebenswerks Berufenen, daß sie den Glauben an die Zukunft trotz aller augenblicklichen Gefahren für die deutsche Arbeiterbewegung verlieren. Karl Legiens starke Überzeugungskraft, sein nie versiegender Mut sollen und werden in den Führern der freigewerkschaftlichen deutschen Arbeiterbewegung fortleben heute und immerdar. Eine Minute ersten Schweigens beschloß die stille Gedenkfeier.

Die Organisation der Friseure

Der Arbeitnehmerverband des Friseur- und Haargewerbes, wie die offizielle Bezeichnung der Organisation der Friseurgehilfen lautet, ist ein kleiner Verband mit wenig mehr als 4000 Mitgliedern. Die Organisation im Friseurberuf hat mit Schwierigkeiten zu kämpfen, die man in anderen Berufen kaum kennt. Der Friseur, der in das Lebensalter kommt, in welchem in anderen Berufen erst die volle Leistungsfähigkeit erlangt wird, ist als Friseurgehilfe zu alt. Er muß sich selbständig machen, was bei der Übersetzung des Berufs nicht sehr erfolgversprechend ist, oder zu einem anderen Beruf übergehen. Das bedeutet für den Verband die Notwendigkeit, mit der gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit immer wieder von vorn anzufangen.

Nun beginnt ein neues Kapitel in der Geschichte der Organisation der Friseurgehilfen. Mit dem Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs ist ein Organisationsvertrag geschlossen, nach welchem die Organisation der Friseurgehilfen mit dem 1. Januar in diesem großen Verband aufgeht. Die Friseure bilden dann eine Reichsfachgruppe im Gesamtverband. Eine Urabstimmung unter den Friseuren hat dem Plan mit großer Mehrheit zugestimmt. Hoffentlich wirkt er sich zum Vorteil für die Organisation der Friseurgehilfen aus.

Lohnabbau um jeden Preis

Die vom Reichsarbeitsministerium eingeleitete Aktion zur Senkung der Tariflöhne im Baugewerbe entwickelt sich programmäßig. Der Tarifvertrag für das Baugewerbe gilt zwar noch bis zum 2. März 1932, aber die Unternehmer können die Zeit nicht abwarten, um den wenigen Bauarbeitern, die noch beschäftigt sind, die Löhne zu senken. Auf Antrag der Unternehmer ist am 27. November das Haupttarifamt für das Baugewerbe zusammengetreten, und es hat der strittigen Protokollnotiz die Auslegung gegeben, die die Unternehmer wünschten.

Es handelt sich um die Vereinbarung, wonach erneut verhandelt werden soll, wenn das Reichsarbeitsministerium wider Erwarten den Lohnabkommen für einzelne Orte oder Gebiete die Allgemeinverbindlichkeit versagen sollte. Das Reichsarbeitsministerium hat aber, um den Abbau der Bauarbeiterlöhne auf der ganzen Linie herbeizuführen, allen Lohnabkommen die Allgemeinverbindlichkeit versagt. Sofort verlangten die Unternehmer, daß nun über die Löhne in allen Gebieten neu verhandelt, das heißt, daß noch vor Ablauf des Vertrages die große Lohnsenkung durchgeführt werde. Das Haupttarifamt hat den Unternehmern ihren Willen getan und damit eine Entscheidung gefällt, die für das Tarifvertragswesen im Baugewerbe von weittragender Bedeutung sein kann.

Der „Grundstein“ nennt die Entscheidung des Haupttarifamts einen Vertragsbruch und fährt dann fort: „Die Bauarbeiter waren stets vertragstreu. Sie haben auch, wenn sie tarifgebunden waren, bei einer günstigeren Konjunktur die Tariftreue hochgehalten. Hier aber sehen wir das Gegenteil von Tariftreue, von der Heiligkeit abgeschlossener Verträge! Dieser Beschluß des Haupttarifamts bedeutet — auf weitere Sicht gesehen — überhaupt die Zerschlagung jeglicher zeitlicher Tarifabmachungen!“

Ein Keil treibt den andern

Es war vorauszusagen, daß von der allgemeinen Lohnabbauwelle auch das Buchdruckgewerbe nicht verschont bleiben würde. Deshalb hätte der Schiedsspruch des Zentralschlichtungsamts am 28. November fällt, kaum besonderes Aufsehen erregt. Durch diesen Schiedsspruch wird der Spitzenlohn, der bisher 55 Mk. betrug, mit Wirkung vom 1. Dezember an auf 52 Mk. herabgesetzt. Dieser Lohnsatz ist zum 31. Januar 1932 wieder kündbar sein. Interessant ist die Begründung des Spruches; sie lautet:

„Es schien dem Zentralschlichtungsamt richtig, einen solchen Vorschlag zu machen, weil nach der heutigen Lage des Buchdruckgewerbes und nach der relativen Höhe der Löhne im Buchdruckgewerbe es nicht angängig erscheint, von einer Lohnsenkung in jetziger Zeit abzusehen, wie dies auch in anderen Berufen, denen es durchaus nicht anders geht wie im Buchdruckgewerbe, deren Löhne zum Teil niedriger liegen, im ganzen geschehen ist. Darum haben wir diese Lohnhöhe für richtig gehalten.“

Das Zentralschlichtungsamt kann für sich in Anspruch nehmen, daß es aufrichtig war. Es verzichtet auf die Phrasen von der schweren Wirtschaftslage und von der Notwendigkeit, die Produktionskosten zu senken, die man jetzt zum Überdruß hört. Es verkündet mit brutaler Offenheit, daß die Buchdrucker deshalb herabgesetzt werden müßten, weil sie auch in den anderen Berufen herabgesetzt werden. Eine Begründung für die kurze Geltungsdauer des Lohnsatzes hat man sich überhaupt gespart. Die Buchdrucker wissen ohnehin, daß in zwei Monaten ein neuer Angriff auf ihre Löhne zu erwarten steht.



Unterhaltung und Wissen



Die Aktentasche

Von Gregor Jarcho

(Schluß aus Nr. 49)

Ohne noch ein Wort zu verlieren, packte er Peter am Arm und schleifte ihn ins nächste Café. Hier war es halb leer. Toni legte den Mantel ab, holte aus der Tasche ein riesiges Messer — eine Art Hirschfänger —, setzte sich an den Tisch und befahl ohne Umschweife: „Tasche her!“

Als der Ober den bestellten Kaffee brachte, war die Aktentasche bereits offen. Man fand darin: einen Stoss Akten und Geschäftspapiere, einige Schächtelchen mit Schmucksachen, ein kleines Bündel Hundertmarkscheine und ein paar Briefe auf den Namen eines Herrn Ernst Wagenleimer. Die Briefe waren von einem besorgten Vater geschrieben, der seinen etwas flatterhaften Sohn aufforderte, sofort nach Hause zurückzukehren und unter keinen Umständen nach Berlin zu reisen. Der Vater schien Schmucksachenfabrikant zu sein, sein Sohn spielte wohl seinen Vertreter. Ein Zettel verriet, dass dieser vertretende Sohn im Hotel Alhambra abgestiegen war.



„In bar — 3000!“ stellte Toni stotternd fest. „Gesamtwert — mit dene Spätzli da — etwa 10000 Mark! Ein Drittel FINDERLOHN — macht 3333! Davon die Hälfte mir — sind 1700 Mark! Mensch!“ Er fiel Peter um den Hals.

Peter widersetzte sich nicht. Tonis Art hatte etwas Mitreissendes.

Eine Viertelstunde später betraten sie die Hotelhalle. „Herr Wagenleimer?“ sagte der Pförtner. „Ja, der Herr ist soeben hinaufgegangen. Ah! Da kommt er ja —“

In diesem Augenblick versetzte Toni dem armen Peter einen grausamen Rippenstoss. „Mensch!“ flüsterte er ihm zu. „Dös ischt ja de Frankfurter von der Fifi!“

„Herr Wagenleimer“, sagte Toni, „wir möchten mit Ihnen ein paar Worte sprechen.“

„Fifi —“ stammelte Herr Wagenleimer.

„Aha! Fifi!“ fand sich Peter endlich zu recht. „Sie — — Sie — —!“

Aber Toni unterbrach ihn: „Nix Fifi! Quatsch! Die Aktentasche!“

„Die Aktentasche — — wo?“ Wagenleimer streckte sogar die Hand aus.

„Ich habe sie! Ich!“ rief Peter. „Und ja — wir wollen miteinander sprechen, wir beide. Aber nicht hier — in Ihrem Zimmer.“

„Natürlich, bitte! Darf ich vorangehen?“

Während sie die Treppe hinaufstiegen, flüsterte Toni seinem Freund zu: „Du miescht aber vernünftig sein! Eins in die Löffel kannst ihm auch später hauen! Erst das Geschäft, dann das Vergnügen!“

„Ach, lass mich in Ruh!“ zischte Peter.

„Bitte“, sagte Wagenleimer, als sie angelangt waren, und tat die Tür auf. Sie traten ein.

„Also, Herr Wagenleimer —“ begann Toni.

„Erst komme ich!“ rief Peter. „Wo ist Fifi?“ Wagenleimer antwortete nicht gleich.

„Mein Freund ist der Verlobte der jungen Dame!“ unterrichtete ihn Toni.

Da sagte Wagenleimer: „Am Ende haben Sie die Tasche gar nicht!“

Peter schlug den Mantel auf, warf die Tasche Wagenleimer vor die Füße.

Wagenleimer bückte sich danach. Aber Toni war schneller. Er riss die Tasche hoch und erklärte: „Erst das Geschäft, dann Fifi. Nicht wahr, Herr Wagenleimer?“

Wagenleimer nickte.

„Nichts da!“ rief Peter.

„Du bischt aber in der Minderheit, mein Sohn!“ erwiderte Toni und lächelte den

Freund entwaffnend an. „Setz di derweil — i bin gleich fertig!“

Peter ballte die Fäuste und biss sich auf die Lippen. „Schön!“ sagte er sich, „durch Toni habe ich den Kerl gefunden, er soll sein Recht haben. Aber dann — —“



„Also, Herr Wagenleimer“, begann Toni von neuem. „Zuerst das Geschäft. Hätten Sie das vorher beachtet — die Tasche wäre bei Ihnen, und die junge Dame — —“

„Kerl!“ brüllte Peter.

„Ruhig, ruhig!“ ermahnte ihn Toni. Also Herr Wagenleimer: in Autodroschken soll man nix liegenlassen. Sonst koschtets FINDERLOHN. Ein rundes Drittelchen. Nicht wahr?“

„Meine Herren!“ stieß Wagenleimer hervor und machte ein unglückliches, ein flehendes Gesicht.

„Ei, ei!“ schüttelte Toni den Kopf. „Sollen wir die Tasche dem Herrn Papa einschicken und uns den FINDERLOHN von ihm auszahlen lassen?“

„Bloss nicht!“

„Also: über 3000 sind's in bar. Dazu Wertsachen. Alles in allem weit über 10000 Mark.“ Wagenleimer nickte. Toni fuhr fort: „Sagen wir — damit es sich besser teilt — rund 12000. Davon ein Drittel, macht 4000. Nicht? Das ist gesetzlich. Gesetzlich: Herr Wagenleimer, Das können wir uns gleich abziehen. Nicht wahr? Dazu kommt noch Schweigegeld. Denken Sie — wir schicken die Tasche an Ihren Herrn Papa! Wie? Peinlich? Nicht? Na, also! Mit fremden Bräuten ausgehen ist halt so eine Sache, nicht?“

„Der Lump!“ zischte Peter.

„Still, still! Du kommst auch gleich an die Reihe. Also, Herr Wagenleimer: 2000 Mark Schweigegeld ist nicht zuviel. Wie? Sind wir uns einig? Das macht im ganzen 6000 Mark. Pro Nase 3000. Meinen Teil erlaube ich mir gleich abzuheben. Und nun rede du!“ wandte er sich an Peter.

Wagenleimer wusste nicht, was er tun sollte. In seinen Zügen war Verzweiflung. Peter näherte sich ihm, stellte sich auf und sagte: „Jetzt will ich endlich wissen, wo die Fifi ist?“

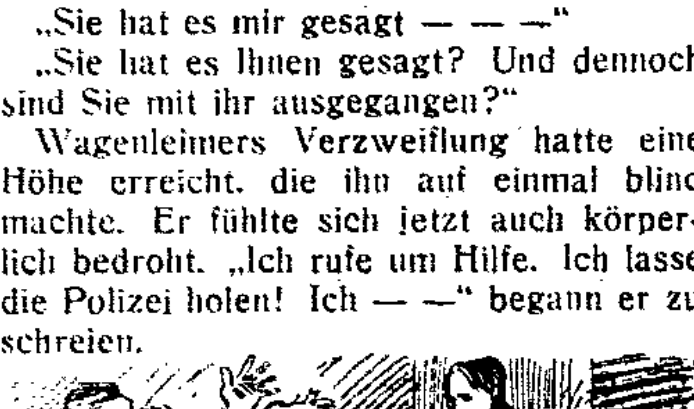
„Zu Hause“, beteuerte der unglückliche Wagenleimer.

„Wussten Sie, dass ich mit ihr verlobt bin?“

„Sie hat es mir gesagt — —“

„Sie hat es Ihnen gesagt? Und dennoch sind Sie mit ihr ausgegangen?“

Wagenleimers Verzweiflung hatte eine Höhe erreicht, die ihn auf einmal blind machte. Er fühlte sich jetzt auch körperlich bedroht. „Ich rufe um Hilfe. Ich lasse die Polizei holen! Ich — —“ begann er zu schreien.



Weiter kam er nicht. Peters Rechte fuhr ihm nach allen Regeln der Boxkunst ins Gesicht. Die Linke folgte.

„Hilfe!“ winselte Wagenleimer. Aber im gleichen Augenblick sprang Toni, der sein Geld inzwischen eingesteckt hatte, herbei,

stieß den wütenden Peter zurück, drückte dem in einen Sessel gesunkenen Wagenleimer den Mund zu und zischte: „Seid ihr beide wahnsinnig? Willst du verhaftet werden? Wollen Sie, dass Ihr Herr Papa von der Geschichte erfährt? Still, sage ich!“

Peter sah auf den zitternden Wagenleimer, dann auf seinen Freund. Beide kamen ihm plötzlich widerlich vor. Er wandte sich ab und ging zur Tür. An der Schwelle blieb er stehen. „Wir sind quitt“, sagte er. „Die beiden Ohrfeigen sind die 3000 Mark wert. Ich verzichte auf Ihr Geld. Und die Fifi können Sie umsonst dazu haben!“ Sprach es und verließ das Zimmer.

Toni beruhigte Wagenleimer, liess sich schriftlich bescheinigen, dass er die 3000 Mark als FINDERLOHN erhalten hatte und verabschiedete sich ebenfalls.

Unten an der Hoteltür erwartete ihn Peter.

„No?“ meinte Toni. „Bischt schön dumm!“

„Ich wollte dir nur sagen, dass ich mit dir nichts mehr zu tun haben will“, erklärte Peter. „Du bist ein Abenteurer, ein Hochstapler, ein Betrüger! Mir würde dieses Geld auf den Fingern brennen!“

Toni brach in ein Lachen aus. Dann erwiderte er: „Mei lieber Spatz, an die Watschen dankt der Kerl morgen schon nicht mehr. Hättest auch du ihm ein paar Tausender abgeklopft — er hätte dich zeit-lebens nicht vergessen. Du kennst die Leut' schlecht! Im übrigen — i bleib doch dein Freund!“

„Ich will aber von dem Geld nichts haben!“

„Von meinem Geld? Kriegtst auch nichts!“

Da musste auch Peter lachen.

Die Freundschaft war wiederhergestellt.

Am nächsten Morgen löste Peter sein Verlöbnis mit Fifi.

Zwei Tage später erhielt er von einer sehr grossen Firma den Auftrag, die Werbemethoden der Faschisten in Italien zu studieren. Toni reiste mit. Als „reicher Mann“.

Und Paul erfuhr nie, dass die Firma den Auftrag auf Tonis Veranlassung erteilt und Toni einen Teil der Unkosten im voraus bezahlt hatte.

Wir fahren um die Welt

Von Kurt Offenburg

(Fortsetzung aus Nr. 49)

Von Regen und anderen Dingen.

Ich zeige hier einige Querschnitte aus den verschiedensten Gebieten, die in ihrer Gesamtheit dir ein besseres Bild vom Leben der Menschen und den australischen Zuständen geben, als wenn ich dir hier ausführlich erzählte von den anderen Städten, von ihrem Hinterland, von Industrien und der Landwirtschaft. Diese folgenden Querschnitte sind das Ergebnis monatelanger Reisen, tausendfältiger Beobachtungen und Gespräche, mühsamen Studiums von Statistiken und anderen Berichten.

Da ist zunächst das eine große australische Problem: der Wassermangel. Ich weiß, du willst keine Zahlen hören, und auch die großartigen Projekte, die bereits ausgeführt und die erst geplanten, wie der Wassernetz beizukommen ist, interessieren dich ebenfalls nicht. Aber, was Wasser in Australien bedeutet, wird dir diese wahre Begebenheit zeigen:

Im Norden Australiens geschah nach sechs Jahren das Wunder, daß es regnete. Die Kinder waren aufgewachsen, ohne zu wissen, was Regen ist; selbst Zehnjährige erlebten zum ersten Male die himmlische Offenbarung. Männer und Frauen verließen die Häuser, stellten Schüsseln aus, das kostbare Naß aufzufangen. Was sich aus der Dachrinne in den Wassertanks sammelte, es war nicht genug: kein Tropfen sollte verlorengehen.

Es regnete.... Volle, schwere Tropfen fielen in den knöchelhohen weißen Staub, auf das von der Sonne und heißen Winden verbrannte Buschgras.

Da kam die Hauptstraße herunter Mister Baker mit einem — Regenschirm. Das war das zweite Wunder, denn Regenschirme sind im Norden ebenso unbekannt und über-

flüssig wie bei uns Eskimokleidung. Die Menschen starrten verblüfft auf das schwarze wandelnde Dach über dem Kopf Mister Bakers. Aber die Verblüffung dauerte nur wenige Augenblicke, denn schon splitterte und zeretzte der Schirm unter den harten Fäusten eines Farmers.

„Unverschämtheit, unserem Boden den Regen zu stehlen!“

„Bravo, Jack! Bravo!“ riefen die Zuschauer. Einige rannten hinzu, und im Übermut ihrer Freude rissen sie, glücklich im strömenden Regen, dem armen Baker die Kleider vom Leibe.

Geizhals und „bloody ass“ waren noch die zärtlichsten Koseworte für den Mann mit dem Regenschirm, der es wagte, „unserem Boden den Regen zu stehlen“.

Diese spaßhafte Begebenheit hat einen sehr ernstesten Hintergrund, nämlich die periodischen Dürren. In diesen Zeiten ist immer das große Schafsterben, das 3 bis 4 Millionen Opfer fordert. Die Schafe verhungern — nicht verdürsten, wie meist gesagt wird. Verhungern, weil es kein Gras gibt; weil die Sonne alles verbrennt.

Aber wenn es dann regnet in diesen Trockengebieten, erneuert sich der Boden so rasch, daß nach 8 bis 10 Tagen dichtes Gras steht und Blumen sprießen. In den Küstenstrichen aber, wo viel und regelmäßig Regen fällt, hat das Jahrtausend alte Wachstum von Gummibäumen die Erde so mit Eukalyptusöl durchsetzt, daß oft ein Jahrzehnt nötig ist, um den neu gerodeten Boden zu „präparieren“, daß er für Feldfrucht oder Obst sich eignet. Man pflanzt 4 bis 5 Jahre nur Viehfutter, um so den Eukalyptusgeschmack der Erde zu entziehen. Versuche, an der Küste Tabak zu pflanzen, schlugen fehl, und zwar nicht aus klimatischen Gründen, sondern weil er nach Eukalyptus schmeckte.

Doch diese periodischen Trockenheiten haben auch ihr Gutes, und der Australier hat ein sehr schönes Wort dafür gefunden: „Segen in Verkleidung.“ Denn durch diese Trockenheiten sind dem Boden nicht übermäßig Kräfte entzogen worden; und er ist so fruchtbar, daß er keine Düngung, sondern nur eines braucht — Regen.

Schafe, das sind die wichtigsten Tiere in Australien, und Wolle ist der wichtigste Ausfuhrartikel neben dem Weizen. Australiens Schafbestand beträgt gegenwärtig 196 Millionen; das sind etwas über 16 Stück auf den Kopf der Bevölkerung. (Australien hat eine Fläche so groß wie Europa und nur 6,5 Millionen Einwohner!)

Aber Schaf ist noch lange nicht Schaf. Das feinste von allen ist das Merino. Es ist gewissermaßen die Majestät unter den Rassen. Und Wolle ist noch lange nicht Wolle. Da gibt es verschiedene Sorten, — aber das hier zu erklären, wie ich es von Schafzüchtern hörte, würde zu weit führen. Auch hier die gar nicht uninteressante Lebensgeschichte des Schafes zu erzählen und was ein einzelnes Tier im Laufe der Jahre einbringt, wäre aufschlußreich; aber im engen Rahmen dieser Berichte führte es zu weit, und deshalb sei nur eines vermerkt: der Australier ist ein märchenhafter Fleischesser. Er verzehrt wöchentlich 12 bis 13 Pfund Rind- und Hammelfleisch!

Im ganzen lebt der Australier besser als der europäische Mensch: die Lebensmittel sind von ausgezeichnete Qualität (die Gesundheitspolizei wacht sehr scharf und geht rücksichtslos vor gegen nachlässige Händler oder unsaubere Wirte), das Obst schön und billig, desgleichen sind alle Milchprodukte, wie Butter und Käse, sehr preiswert. Nur das wenigste wird im Lande selbst verbraucht, der Hauptteil wird ausgeführt nach anderen Ländern: hauptsächlich nach Europa und Ostasien. Denn Australien ist in erster Linie ein Agrarstaat.

Aber Australien ist noch etwas anderes, woran du kaum denken wirst: das Land des weißen Mannes. Kein Farbiger darf einwandern.

Bücher und Zeitschriften

Alle hier angezeigten Bücher können durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Jan Hus: Der letzte Weg. Geschichtlicher Roman von Oskar Wöhrlie. Verlag Der Bücher-Kreis GmbH, Berlin SW 61. Preis in Ganzleinen 4,80 Mk. — Johannes Hus starb 1415 in Konstanz auf dem Scheiterhaufen. Er starb als Vorkämpfer des großen Befreiungskampfes des Mittelalters. Sein Kampf galt der Vorherrschaft der römischen Kirche. Gegen diese stritt er für das Lebensrecht der Bauern und des städtischen Proletariats. Als Hus sein Leben auf dem Scheiterhaufen aushauchte, erhoben sich seine böhmischen Anhänger. Der Hussitenkrieg begann, in dessen Verlauf die Böhmen weit in deutsche Lande vorstießen, um hier das „Reich Gottes auf Erden“ zu errichten. Wöhrlie drängt in seinem Roman das ganze Geschehen in den letzten Tagen des Jan Hus zusammen. Er stellt dabei Hus nicht als Heroen und Walter des Geschickes ins Scheinwerferlicht einer falschen Geschichtsbildung, er zeigt ihn vielmehr im Spiegelbild seiner Freunde und der feindlichen Gegenspieler. Geist und Wirtschaft des Mittelalters werden lebendig, Falschheit, Gemeinheit und Ungeduld feiern Orgien. Wöhrlies dichterisches Temperament und ungewöhnliche Sprachkraft haben den spröden Stoff in eine Dichtung von packender Anschaulichkeit umgeschmolzen. Sein neuer Roman wird bestimmt ebenso viele Freunde finden wie sein im gleichen Verlage erschienener Schelmenroman „Baldamus und seine Streiche“, der jetzt in der Jubiläumsausgabe des 92. bis 100. Tausend vorliegt.

Kiesen und Knirpse. Erdgeschichte in Märchen. Von Gg. Engelbert Graf. Mit 10 Zeichnungen. Karboniert 2 Mk., in Halbleinen 2,50 Mk. Urania-Freidenker-Verlag GmbH, Jena. — Der Verfasser erzählt keine Märchen von Fabelwesen, sondern er schildert in seiner humorvollen Art, wie unsere Erde von der glühenden Feuerkugel bis zur Heimat des Menschen sich im Laufe der Jahrmillionen entwickelt hat. Lebendig treten die Geschehnisse, die Jahrmillionen zurückliegen, vor das Auge des Lesers, und ausgezeichnete Bilder unterstützen die Vorstellungskraft. Die Seelenverfassung der Jugendlichen. Von Dr. Ernst Haase. Zweite, durchgearbeitete und erweiterte Auflage. 59 Seiten. Berlin 1931. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstraße 6a. Ladenpreis 1 Mk., Organisationspreis 75 Pf. — Das Büchlein ist als Material für die Jugendleiter der Gewerkschaften gedacht. Der Verfasser, der Nervenarzt ist, beschränkt sich nicht darauf, nur die Zusammenhänge zwischen der körperlichen und seelischen Reifung des Heranwachsenden aufzuzeigen, er weist auch Wege, wie Eltern, Erzieher und die Führer von Jugendgruppen die Entwicklung fördern können. Sympathisch berühren die offenen Worte Haases in dem Kapitel „Jugendliche Sexualität und Erotik“. Die mit jeder Betätigung des Geschlechtstriebes verknüpfte Verantwortlichkeit wird betont und dem auch unter jungen Menschen verbreiteten Aberglauben entgegengetreten, daß sexuelle Zurückhaltung gesundheitsschädlich sei. Wald und Holz. Ein Nachschlagewerk für die Praxis der Forstleute, Holzhändler und Holzindustriellen. Herausgegeben von Dr. Dr.-Ing. e. h. Wappes. Verlag von J. Neumann, Neudamm und Berlin. Von dem auf 16 Lieferungen berechneten Werk ist jetzt das 10. Heft erschienen. Preis pro Lieferung 3,50 Mk. und 15 Pf. Porto.

Jenny Marx. Ein Lebensabriß von B. Nikolajewski. Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH, Berlin. Preis 15 Pf. — Die kleine Schrift ist ein Sonderabdruck aus der „Gesellschaft“. Sie ist der Erinnerung an die tapfere Frau gewidmet, die nicht nur die Gattin, sondern auch die Schicksals- und Kampfgenossin von Karl Marx war. Jenny Marx ist am 2. Dezember 1881 gestorben. Seit 50 Jahren deckt sie der Rasen. Nazi-Kommunalpolitik. Irrungen, Wirrungen, Demagogie und Korruption der Nazis. Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH, Berlin. Preis 15 Pf. — Die kleine Schrift enthält eine Sammlung von Material aus allen Teilen Deutschlands über das, was die Nazis-Kommunalpolitik nennen. Der Selbstbau eines Modellluftschiffs. Von Dipl.-Ing. W. Goepprich. Mit 20 Abbildungen und 2 Bauzeichnungen. Verlag C. J. E. Volkmann, Berlin-Charlottenburg 2. Preis 1,50 Mk. — Der Verfasser beschreibt die Berechnung, den Bau und das Fliegenlassen eines zwei Meter langen Modellluftschiffs (Zepplin). Zwei grosse Modellbogen und 20 Abbildungen unterstützen den leichtverständlichen Text. Auf den Modellbogen sind alle wichtigen Teile in natürlicher Grösse dargestellt, so dass nach diesen Bauzeichnungen das Modell leicht herzustellen ist. Das Lehrlingsrecht nach der Rechtsprechung. Herausgegeben vom Vorstand des Bauwerksverbandes, Berlin SW 68. Preis 1,20 Mk., für Gewerkschaftsmitglieder 60 Pf. — Das Buch behandelt den gegenwärtigen Stand der Rechtsprechung in Lehrlingsfragen. Alle erreichbaren wichtigen Entscheidungen der Arbeitsgerichtsbehörden und des Reichsversicherungsamtes sind, systematisch geordnet, inhaltlich

kurz wiedergegeben und erläutert. Das Buch kann allen, die mit Lehrlingsfragen zu tun haben, zur Aufschärfung empfohlen werden. Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart, Schriftleiter Lothar Erdmann. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH, Berlin S 14. Abonnementpreis vierteljährlich 3,60 Mk., für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 Mk. — Die „Arbeit“ bringt in den monatlich in einem Umfang von 64 Seiten erscheinenden Heften eine Reihe von Aufsätzen, in denen Fragen erörtert werden, die für die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung von Bedeutung sind und die das Verständnis der Vorgänge im Wirtschaftsleben fördern. Den vorwärtsstrebenden Gewerkschaften ist das Abonnement der „Arbeit“ angelegentlich zu empfehlen. Zentralkrankenkasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter. Sitz Hamburg. Abrechnung der Hauptkasse für November 1931. Versandte Zuschüsse ... 28 839,— Mk. Sonstige Ausgaben ... 7 110,78 Mk. ... 35 949,78 Mk. Eingesandte Überschüsse 18 398,61 Mk. Sonstige Einnahmen ... 2 464,21 Mk. ... 20 862,82 Mk. Mehrausgabe 15 086,96 Mk. Th. Malchow, Hauptkassierer. Verantwortlicher Schriftleiter: M. Kayser, Berlin. Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2.

Das Olmutter 1932

Taschenkalender für die Mitglieder und Funktionäre des Verbandes ist, soweit Bestellungen vorliegen und Auslieferung erfolgen konnte, den Verwaltungen zugesandt. / Ortsverwaltungen, die noch keine Almanache bestellt haben, sollten die Bestellungen sofort aufgeben. Sie ersparen den Mitgliedern dadurch die Spesen, denn eine direkte Einzelzusendung kann nur durch Nachnahme erfolgen. — Die Zusendung an die Verwaltungen erfolgt porto- und verpackungsfrei.

Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarb.-Verbandes GmbH, Berlin SO, Am Kölln. Park 2

Sprechmaschinen-Laufwerke

zum Selbstbau, la Doppelschneckenfederwerk nur 11,50 Mark Tonarme, Frichter, Schalldosen und Fellet in grosser Auswahl sowie Regulateur-, Tisch- und Hausuhrwerke zum Selbstbau, nach Katalog der gratis und franko versandt wird von Robert Husberg, Neuenrade (Westfalen) Nr. 10

Grosser Preisabbau! Billige böhmische Bettfedern!

1 Pfund graue, gute geschlossene Bettfedern 60 Pf., bess. Qual. 80 Pf., halbweisse flaumige 1 M., 1,20 M., weisse, flaumige, geschlossene 1,50, 1,90, 2,50 M., feinste geschlossene Halbflaum-Herrschaftsfedern 3,—, 4,—, 5,— M. Rupffedern, ungeschliffen, mit Flaum gemengt, halbweiss 1,35 M., weiss 1,95 M., weisser, allerfeinster Flaumrupf 2,25, 3,25, 4,25 M. Muster und Preisliste kostenlos. Versand jeder Menge zollfrei gegen Nachnahme. Von 10 Pf., an auch portofrei. Nichtpassendes wird umgetauscht oder Geld zurück.

S. Benisch, Prag XII, Amerika ulice Nr. 180, Böhmen.

Der gebundene Jahrgang 1931 des Fachblatt für Holzarbeiter erscheint Mitte Dezember

Preis in Ganzleinen einband . . . 14 Mark
Für Mitglieder des Verbandes durch die Verwaltungen bezogen . . . 10 Mark

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2

Schenkt WEINNACHT WANN! Korbmöbel

Niedrigste Preise. Direkt ab Fabrik, frk. Lieferg. 12 Monatsraten. Katalog gratis. Schlagert: 3 teilige Polsterarmatur Mk. 31,—

Korbmöbel-Fabrik Böhmer Oberlangensstadt 183 Lichtenfels-Land

Hobelbänke 60 RM

2 m lg., kompl. Stahlsp., la Qualität. Blatt beste ged. Kolb. Preisl. gratis. Karl Ramisch, Pirna, Artilleriekaserne 66

Original-süddeutsche Hobelbänke 74 Mk. 74

la Qualität, 200 cm hintere Blattlänge, kompl. mit Stahlspindeln, ab südd. Station. Garantie für jede Bank. Abbildungen u. Werkzeugausschnitt gratis. M. WALTHER / Dresden-N. Rehefelder Strasse 53

HEFROS Geschenkkiste für M.S. für den Herrn

- 1 Einsatzhemd halbbare Trikot mit waschechten Einsätzen Halsweite angegeben 1.95
- 1 Normal-Unterhose wollgemischt, warme, weiche Qualität Bundesweite angegeben - .95
- 1 Stärkekragen nach Wahl, Stehmlegkragen od. Stehkragen, mit Ecken, prima 4 fach Maco, Halsweite angegeben - .45
- 1 Paar Stricksocken grau od. kamelhaarfarbig reine Wolle, Schuhgröße angegeben - .85
- 1 Selbstbinder oder 1 fertiger Binder angegeben, ob für Stehmlegkragen od. Stehkragen - .80

RM. 5.—

Porto-Anteil 50 Pfg. Garantie: Unkosten und Geld zurück Katalog gratis und franko direkt aus dem seit 40 Jahren bewährten Spezialhaus Hermanns & Froitzheim Frankfurt am Main 28 Bei Bestellung ausschneiden, Grösse angeben und einschicken.

Seltene Gelegenheit

Zeiss Ikon - Rollfilm - Kamera, 6x9 Coaxette mit Zeiss Ikon-Dominar-Anastigmat 1:4.5 u. neuem Compur nur 60,— Mk., 10,— Mk. Anzahlung, 10,— Mk. Monatsraten • Tausch alter Apparate. Verlangen Sie unseren 202 Seiten starken Katalog B 12.

PHOTO-PORST NÜRNBERG-A 912

Deutschlands grösstes Photo-Spezialhaus

Der junge Tischler

Seine Erziehung zu wahrhaftigem und schönem Schaffen

Von M. Heidrich und H. Weber 174 Seiten auf Kunstdruckpapier mit 137 Abbildungen. 2. Auflage. In Ganzl. 8 Mk. Organisationspreis 5 Mark

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarb.-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2

Sportschlitten-Kufen

Eishe, gebogen, starke prima Anstufung, 100 120 140 160 200 cm 1.50 1.80 2.20 2.50 4.— Mk. pro Paar. Ringelkufen, 145 cm Schlittenlänge, 5.— Mk. Schneeschuhe aus oa. Gebirgeseiche. Preise auf Anfrage. Aufschraubbindungen (verstellb.) kompl. 5.— Mk. Hinfeldbettingbindungen kompl. 5.— Mk. Nichtpassendes nehme ich zurück.

M. WALTHER Dresden 23 / Rehefelder Str. 53

Kennen Sie schon Baldaus Original-Messingkeilhobel DRG M. „GEPO“?

Die besten der Gegenwart! Das sind noch mehr beständigen die eingehenden Anerkennungs-schreiben, weil diese Hobel alle Vorzüge in sich vereinigen.

Massiv Weissbuche, nicht verleimt, la Garantie-Eisen, spielend leichter Gang, ungehinderter Spanauswurf, geteilte Form und mit Handschutz. Verlangen Sie nur Baldaus Original-MK-Hobel im Karton, mit Gutschein, der zum kostenlosen Bezug einer Miniatur-Hobelkiste berechtigt, und weisen Sie gleich guten oder ähnlichen Ersatz zurück. G. Baldau, GmbH, Neckarsulm 1, Würt., Hobelbänke, Hobelwerkzeuge, älteste Werkzeugfabrik Deutschl. Abgabe nur durch die einschlägigen Geschäfte. Wo keine vorhanden, werden Händler bereitwilligst nachgewiesen.

BETTEN

1 1/2 schlätzig, echtrot, lederdicht, Preisliste gratis. Umtausch oder Geld zurück. Viele Dankschr. Nachn.-Vers. BETTENFABRIK H. MÖLLER Kassel Nr. 33 / Wörthstr. 7

Sprechmaschinen, Zweifelder-Schneckenwerk, Samteller, Tonarm, Schalldose u. Bremsen, zusammen 16.50 RM. Preisliste gratis. C. M. Goske, HAMBURG, Schröderstr. 2b

Schöne Intarsien für Möbel, Schatullen Maxim. Weiß Leipzig, Ködler 28.

Soeben erschien in neuer Auflage: Das neuzeitliche Beiz- und Polierverfahren

Prakt. Anleitung zur materialgerechten Oberflächenbehandlung d. wichtigsten Holzarten sowie Beschreibung der für die moderne Beiz- und Poliertechnik zur Verwendung kommenden Werkzeuge, Vorrichtungen und Materialien.

Von Paul Koch Preis: 6 Mark

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2.

Zu Weihnachten gegen kleinste Raten ohne besondere Anzahlung:

LINDCAR

Nähmaschinen Schwing-schiff. Zentralspulsystem, ab RM. 157,-

Fahrräder Kinder- und Bubi-räder — Roller

Orig. Ultraphon-Koffer-Apparate statt RM. 58,— und 6 Platten RM. 76.— bei uns nur RM. 46,— einschliesslich 6 Original-Ultraphon-Platten à 3 RM. Nur solange Vorrat reicht!

Verkauf durch unsere Niederlagen. Lager und Ortsausschüsse des ADGB. und direkt durch Lindcar-Fahrradwerk AG., Berlin-Lichtenrade / Unternehmen der Gewerkschaften